Nr. 63. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7487. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 16. März 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der Eisenbahnerstreik in der Schweiz.

Vor einem Jahre waren die sehr ernsthaften Differenzen, die zwischen den schweizerischen Eisenbahn-Gesellschaften und ihren Personalen schwebten, auf einer Konferenz von Vertretern beider Parteien, beigelegt worden, wodurch der Gefahr eines Streiks vorgebeugt war. Mit Ausnahme der Nordostbahn haben alle Bahnen die Abmachungen eingehalten. Die Nordostbahn, die gerade die bedeutendste Bahn der Schweiz ist, kehrte sich jedoch so wenig an die Abmachungen, daß sie kaum ein Drittel dessen einhielt, wozu sie vertragsmäßig verpflichtet war. Die Vertreter der schweizerischen Eisenbahner-Organisation beschlossen nun in diesem Jahre, der vertragsbrüchigen Verwaltung der Nordostbahn auf den Leib zu rücken, indem auf einer Delegirtenkonferenz zu Zürich beschlossen wurde, der Verwaltung am 1. März eine Eingabe zu überreichen, worin folgendes gefordert werden sollte: 1. Unveränderte Annahme des Anstellungsvertrages, wie er am 29. Februar 1896 von der Konferenz in Bern festgestellt wurde. 2. Aufbesserung des gesammten Personals um eine Gehaltsstufe, der Lokomotivführer, Heizer, Zugführer, Kondukteurs um zwei, ebenso der Angestellten, die seit zwanzig Jahren im Dienste der Nordostbahn stehen, um drei Gehaltsstufen mit Wirkung auf 1. Januar 1896 zurück. 3. Die Einreihung in die Stufen soll unter billiger Berücksichtigung des Dienstalters und unter Aufrundung, wo es nöthig ist, in loyaler Weise geschehen — ebenso die Einreihung in die Klassen. 4. Das Gehaltsschema der schweizerischen Zentralbahn soll als Richtschnur dienen. 5. Die Arbeiter sollen in bezug auf Lohnzahlung analog den Angestellten behandelt werden. 6. Wegen Theilnahme an der Lohnbewegung soll keine Maßregelung irgend welcher Art stattfinden dürfen.

Diese Eingabe wurde dann der Verwaltung mit dem Bemerken übersandt, daß der Präsident des schweizerischen Eisenbahner-Verbandes, Mosimann-Zordi und der Verbands-Sekretär Dr. Sourbeck bereit seien, mit der Direktion der Nordostbahn vor dem staatlichen Eisenbahn-Departement in Bern zu verhandeln, und daß man bis 10. März Antwort verlange.

Der aus 50 Mitgliedern bestehende Verwaltungsrath der Nordostbahn — unter welchen Mitgliedern sich 20 Vertreter vom Bund und von den Kantonen befinden — verhandelte auf Anregung der letzteren über die Eingabe und beschloß die Einsetzung einer siebengliedrigen Kommission, der u. a. die Sozialpolitiker Nationalrath Curti, Regierungsrath Zocher, Statistiker Kollbrunner angehörten und welche die Aufgabe hatte, die Angelegenheit zu prüfen und einer noch im Monat März abzuhaltenden Verwaltungsraths-Sitzung Bericht und Anträge zu unterbreiten. Den Werkstättenarbeitern wurde auf 1. Juli Lohnerhöhung und die Einsetzung einer Arbeiterkommission, sowie der halbe Lohn während des Militärdienstes bewilligt.

Unter Berufung auf die schwebenden Arbeiten dieser Kommission gab nun die Verwaltung der Nordostbahn am 10. März auf die Forderungen der Eingabe eine ablehnende Antwort. Bundesrath Zemp, dem als Vertreter des Bahndepartements diese Nachricht von der Nordostbahn-Verwaltung gemacht wurde, veranlaßte darauf das Zentralkomitee der schweizerischen Eisenbahn-Angestellten, noch einen Versuch zur sofortigen Einigung zu machen, die die Angestellten verlangten. Dies geschah durch eine Konferenz beider Theile, die am 11. März in Zürich tagte, aber ebenfalls ergebnißlos blieb. Wie schon erwähnt, hatte die Nordostbahn den Werkstättenarbeitern einige Aufbesserungen bewilligt, vermuthlich um diese Arbeiter von den übrigen Angestellten zu trennen. Von Erfolg ist das aber nicht gewesen. In der Mitternacht des 11. März wurde auf sämmtlichen Linien der Nordostbahn seitens der Angestellten der Betrieb eingestellt.

Die Wirkung war außerordentlich. Nachdem sich auch die Angestellten der übrigen schweizer Bahnen mit den Streikenden solidarisch erklärt hatten, indem sie keine Züge der Nordostbahn beförderten, war die Ostschweiz von dem Verkehr sowohl mit der Westschweiz und Frankreich wie mit dem deutschen und österreichischen Verkehr vollständig abgeschlossen. Die damit für die ganze Schweiz verbundenen Kalamitäten waren so groß, daß, einem Gerücht zufolge, der Bundesrath den militärischen Betrieb der Nordostbahn anordnen wollte.

Dazu kam es jedoch nicht. Die Direktion der Nordostbahn bewilligte den Streikenden sämmtliche materielle Forderungen, versprach niemand zu maßregeln, verstand sich zur Abänderung des Dienstvertrags und erklärte weiter, sich betreffs der endgiltigen Regelung dem Schiedsspruche des Bundesraths Zemp, als dem Vertreter des staatlichen Eisenbahn-Departements, unterwerfen zu wollen. Die Streikenden stimmten dem zu, mit der Bedingung, daß der durch den Ausstand verursachte Schaden nicht dem Verbande der Eisenbahn-Angestellten auferlegt werden dürfe. Der Verwaltungsrath der Nordostbahn hat diesen Abmachungen ebenfalls zugestimmt und dann die Kommission aufgelöst, die von ihm seinerzeit wegen der Eingabe der Angestellten niedergesetzt worden war, aber ihre Arbeiten noch nicht beendet hat.

Seit Sonntag ist der Betrieb auf der Nordostbahn wieder aufgenommen.

Bundesrath Zemp hat inzwischen seinen Schiedsspruch schon gefällt. Derselbe lautet, nach Angabe des Wolff'schen Bureaus wie folgt:

1. Das Anstellungsverhältniß und die Gehälter des Personals der Nordostbahn sind in Uebereinstimmung mit dem Anstellungsvertrag und der Gehaltsordnung sowie der bezüglichen Einführungs- und Vollziehungsbestimmungen der Schweizerischen Zentralbahn zu ordnen, soweit nicht die zur Zeit bei der Nordostbahn bestehenden Normen für das Personal günstiger sind. Auch für die Lohnverhältnisse der Tagelohnarbeiter sollen die Normen der Schweizerischen Zentralbahn zu grunde gelegt werden.

2. Es sind mit dem Personal neue Anstellungsverträge auf dieser Grundlage abzuschließen mit dem Datum vom 1. Januar 1897 und mit Rückwirkung der darin vorgesehenen Lohnerhöhungen auf den 1. Januar 1896.

3. In bezug auf die zu stellende Kaution ist dem Personal die Wahl zwischen Baarkaution und Bürgschafts-Genossenschaft zu lassen.

4. Die Direktion der Nordostbahn ist verpflichtet, die Klassifizirung der Stationen einer Revision zu unterziehen.

5. Wegen dieser Lohn- und Ausstandsbewegung darf die Direktion der Nordostbahn gegenüber dem Dienstpersonal weder Entlassung noch irgend welche Maßregelungen eintreten lassen. Auch sind zivilrechtliche Ansprüche gegenüber dem Personal wie auch gegenüber dem Zentralkomitee des Eisenbahner-Verbandes sowie gegenüber dem Verbande selbst ausgeschlossen. Ueberdies wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Direktion der Nordostbahn durch angemessene Behandlung des Personals und das Personal durch gewissenhafte Pflichterfüllung ihr möglichstes beitragen werden zur Herstellung des im beiderseitigen Interesse liegenden guten Einvernehmens.

6. Die Parteien werden eingeladen, sich bis zum nächsten 1. Mai über die Anstellungsverträge und die Gehaltsfestsetzung zu verständigen.

7. Sollten sich bei der Vollziehung des gegenwärtigen Schiedsspruches Differenzen ergeben, über welche die Parteien sich nicht zu einigen vermögen, so sind dieselben dem Schiedsrichter zur Prüfung und zur Entscheidung vorzulegen.

8. Auf weitere Ansprüche des Personals wird nicht eingegangen.

9. Der Schiedsspruch wird beiden Parteien schriftlich zugestellt.

Diesen schnellen und in Wahrheit wirklich großen Sieg haben die Angestellten der Nordostbahn wohl vor allem dem Umstande zu danken, daß es sich um einen Kampf gegen eine vertragsbrüchige Gesellschaft handelte, deren Auftreten selbst von dem der schweizerischen Regierung nahestehenden Organe, dem Berner „Bund", mißbilligt wurde. Die Streikenden hatten also die Sympathien des Publikums nicht nur, sondern sicher auch die der Behörden für sich. Durch musterhaftes Verhalten — es ist, wie aus den schweizer Zeitungen zu ersehen, auch nicht die geringste Ungebühr vorgekommen — erhielten sich die Streikenden diese Sympathien und so war es der Regierung möglich, die Partei der Unternehmer nicht ergreifen zu müssen.

Etwas enttäuscht hat zwar — so schreibt man uns aus der Schweiz — die Haltung des Bundesrathes in Bern, da er die Erwartung, er werde eingreifen und, um den Streik zu verhindern, den Betrieb auf Rechnung der Nordostbahn fortführen, wozu sich ihm das Personal zur Verfügung stellte, nicht erfüllt hat. Welche Gründe ihn zu einer anderen Haltung bestimmten, wird man wohl erfahren. Vielleicht wollte er im Hinblick auf die angestrebte Eisenbahn-Verstaatlichung dem ganzen Schweizervolke ad demonstrandum vor Augen führen, wohin der Privatbetrieb der Eisenbahnen mit seinen ausbeutungswüthigen und dividendenhungrigen Aktionären, denen alle öffentlichen Interessen gleichgiltig sind, führt. Dadurch erhielte der Streik auch eine höhere politische Bedeutung.

Im übrigen werden solche Siege nicht erfochten ohne langjährige gute Organisation. Der schweizerische Eisenbahner-Verband ist eine solche Organisation. Wären die Angestellten der Nordostbahn nicht gut organisirt, hätte die Bahnverwaltung also nicht mit einer geschulten Masse zu rechnen gehabt, so würde sie sich mindestens nicht zu so großen Zugeständnissen herbeigelassen haben, als es der Fall gewesen ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. März 1897.

Der Reichstag erledigte heute in einer knapp einstündigen, sehr schlecht besuchten Sitzung debattelos den Gesetzentwurf, betreffend Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1897/98 zur Schuldentilgung. Hierauf wurden unter vollster Theilnahmslosigkeit Petitionen behandelt. —

Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte heute den Etat der Eisenbahnverwaltung in zweiter Lesung. Prinzipielle Fragen wurden kaum noch erörtert, es wurden vielmehr von fast allen Rednern nur lokale Wünsche über neue Bahnhofsanlagen, Schaffung neuer Linien u. dergl. vorgetragen. Erwähnenswerth ist höchstens die Beschwerde des Abg. Eckels (natl.) darüber, daß der Staat die Interessenten zu den Beitragskosten für neue Haltestellen heranzieht, statt sich mit einer Garantie zu begnügen. Der Minister Thielen erwiderte, daß dies Prinzip bereits von seinen Amtsvorgängern befolgt sei, und daß er dasselbe durchaus gerechtfertigt finde. Mit einer bloßen Garantie der Gemeinden könne der Staat nichts anfangen, während umgekehrt der Staat bereits oft für Gemeinden Garantien übernommen habe.

Morgen beginnt die Berathung des Etats des Handelsministeriums. —

Der Staatssekretär Hollmann hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" führt diesen Schritt auf die Beschlüsse der Budgetkommission zurück. Wir glauben nicht an diese parlamentarischen Bedenken des Herrn Hollmann. Wahrscheinlicher scheint uns, daß die Ursache der Demission Differenzen zwischen Hohenlohe, Posadowsky und Hollmann sind. Es wird behauptet, daß im Bundesrathe noch größere Abstriche gemacht wurden wie im Reichstag und daß dies die eigentliche Ursache des Rücktritts des Staatssekretärs ist. Eine Entscheidung über das Entlassungsgesuch soll nicht beeilt werden. —

Die „Köln. Ztg." schreibt zum Entlassungsgesuch des Staatssekretärs Hollmann:

Zunächst werde es sich fragen, welche Stellung Fürst Hohenlohe zur Zuspitzung dieser bereits seit einiger Zeit schleichenden Krisis nehme; es sei klar, daß bei der Annahme des Gesuches die Aussichten der Marine für die bisherigen Bewilligungen sehr gemindert würden. Es würden schwere Stunden sein, die dieser ungewöhnliche für unsere konstitutionellen Verhältnisse bedenkliche Schritt für den Reichskanzler zur Folge haben werde. Fürst Hohenlohe sei durch ihn in eine offenbare Zwangslage gekommen, die eine rasche, gründliche Aufklärung erheische; jedenfalls sei eine vorübergehende Verkleisterung des jetzt eingetretenen Risses noch schlimmer; sie würde nur einen Blinden täuschen und die Befürchtungen für die nächste Zukunft verstärken. Eine rasche Klärung erscheine unbedingt geboten.

Wegen der Justizgreuel in Spanien hatte die norwegische Arbeiterpartei auf den 10. März in Christiania eine Volksversammlung einberufen. Dieselbe war sehr zahlreich besucht und beschloß einstimmig folgende Resolution, mit dem Bemerken, daß sie auch in unserem Blatt veröffentlicht werden solle:

Eine Versammlung norwegischer Männer und Frauen, die Kenntniß genommen haben von den Grausamkeiten spanischer Behörden gegen Menschen, die unter dem Verdacht verhaftet worden sind, Urheber der Bombenexplosion in Barcelona gewesen zu sein, protestirt im Namen der Menschlichkeit und der Zivilisation gegen jede Rechtspflege, die den Gefangenen durch Martern Geständnisse abzuzwingen sucht. Die Versammlung ist empört über die barbarischen, scheußlichen Mißhandlungen, denen die in Rede stehenden Gefangenen unterworfen worden sind, und erklärt jeder Opposition gegen ein solches Rechtssystem ihre wärmste Sympathie und Unterstützung. —

Revolution und Gesetzlichkeit. Die englische Schwindelunterfuchung wegen des Jameson'schen Raubanfalls ins Transvaal hat zu einigen interessanten Zwischenfällen geführt. Nachdem Herr Rhodes schon vor mehreren Wochen den Zug Jameson's mit dem in England populären Einfall der Griechen in Kreta verglichen hatte, verstieg ein Spießgeselle des Herrn Rhodes, Sir Graham Bower, ein englischer Regierungskommissar sich dazu, den Einfall Jameson's mit dem Zug Wilhelm's von Oranien nach England zu vergleichen. Das hat nun in dem offiziellen England ein solches Entsetzen erregt, daß der unvorsichtige Bower mit schweren Vorwürfen überhäuft und die Nichterwähnung des Incidents im Protokoll von der Kommission beschlossen worden ist. Jener Zug Wilhelm's ist nämlich der Anfang des heutigen konstitutionellen Englands. Er bildete vor 200 Jahren den Schlußakt der Kämpfe mit den Stuart-Königen Karl II. und Jakob II., und war der Sieg der sogenannten „großen Revolution", die man hintennach zu einer ganz konstitutionellen Handlung zurechtgelogen hat.

Der Vergleich Bower's ist durchaus zutreffend. Alle Regierungen der Welt beruhen auf revolutionärer Gewaltthat, die Regierungen wollen jedoch nicht gerne daran erinnert sein. Der Zwischenfall wird zur Folge haben, daß die Untersuchungskommission von nun an den Schein etwas besser bewahren wird als bisher. Schwindel und Possenspiel bleibt aber die ganze Untersuchung. —

Griechenland hat noch immer Ruhe vor den Großmächten, die sich durch die Setzung einer sechstägigen Frist gründlich blamirt haben. Gerüchte gehen, daß morgen die Blokade beginnen soll. Glauben werden wir erst daran, wenn die Blokade stattgefunden haben wird.

Aus Kanea wird der „Kölnischen Zeitung" von gestern telegraphirt:

Der Kaimakam von Selino Hussein Bei Janitscharaki Min gab heute im Auftrage der mohamedanischen Bevölkerung in Selino folgende Erklärung ab: Wir begrüßen die freudige Nachricht einer bevorstehenden Besetzung der Insel durch die europäischen Truppen und hoffen, daß diese Truppenmacht stark genug bemessen werden wird, uns wieder in unseren Besitz einzusetzen und darin zu sichern. Nur wenn die künftige Verwaltung der Insel unter dauernder, wirklich ausgeübter Aufsicht Europas steht, ist uns Ruhe und Ordnung verbürgt. Bei einem Abzug der europäischen Truppen ist unser ferneres Verweilen auf der Insel unmöglich.

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht auf Wunsch des griechischen Gesandten in Berlin folgendes Telegramm des griechischen Ministers des Aeußern:

Athen, 13. März 1897.

Griechische Gesandtschaft in Berlin.

Nach einer Depesche des Wolff'schen Bureaus hat dort das Gerücht, daß die Deutschen in Athen mißhandelt worden seien, eine lebhafte Erregung hervorgerufen. Ich bitte Sie, dieser Meldung das formellste und kategorischste Dementi zu geben, einer Meldung, die augenscheinlich von Uebelwollenden in Umlauf gesetzt worden ist. Das griechische Volk ist von jeher dafür bekannt, die weiteste Gastfreundschaft zu gewähren und gegenüber seinen ausländischen Gästen die ritterlichsten Gesinnungen zu bethätigen.

Skruzés.

* * *

Deutsches Reich.

— Keine Reichstagsauflösung. Der mit den höheren Reichsstellen Beziehungen pflegende „Hamb. Korr." läßt sich aus Berlin schreiben:

„Im Zusammenhange mit den letzten parlamentarischen Vorgängen, welche sich an die Ueberraschung des Reichstages durch die Marine-Denkschrift des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts reihten, ist auch die Frage mehrfach aufgeworfen, ob es den leitenden Kreisen der Reichsverwaltung eventuell rathsam erscheinen dürfte, zu einer Auflösung des Reichstages zu schreiten. Dazu wird uns aus gut unterrichteten freikonservativen Kreisen geschrieben, daß die verantwortlichen Stellen im Reiche allerdings schon lange im Zweifel darüber sind, ob es nicht schließlich doch besser gewesen wäre, statt die längeren fünfjährigen Legislaturperioden, wie sie jetzt gesetzlich sind, einzuführen, es bei dem früheren Status (drei Jahre) zu belassen. Auf den Gedanken aber, von dem Rechte der Auflösung des Reichstages im gegenwärtigen Augenblicke Gebrauch zu machen, ist man an keiner sich ihrer Verantwortlichkeit bewußten Stelle der Leitung der Reichsgeschäfte gekommen."

Sehr interessant ist das Eingeständniß, daß sich die fünfjährigen Legislaturperioden nicht bewährt haben. Niemand hat sie entschiedener bekämpft, als die sozialdemokratische Fraktion. —

— Der Schluß der Reichstags-Session vor Pfingsten ist nicht zu erwarten. Dies wird heute in offiziöser Form in der „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt. Das Blatt schreibt:

„In der Presse findet sich die Nachricht, daß im Reich die Berathung der Besoldungs-Vorlage bis zum Herbst zurückgestellt werden soll. An maßgebender Stelle ist hiervon nichts bekannt, vielmehr dürften die verbündeten Regierungen im Interesse der betheiligten Offiziere und Beamten auf baldige Verabschiedung der Besoldungs-Vorlage den größten Werth legen." —

— Im Vereinsprozeß Auer u. Gen. hat der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht eingelegt. —

Kiel, 14. März. (Eig. Ber.) Zum Bau der Krupp'schen Werft in Kiel. Schon in Nr. 17 meldete der „Vor-

wärts", daß seit Uebernahme der Germania-Werft in Kiel durch den Essener Kanonen- und Stahlkönig zu ganz bedeutenden Veränderungen geschritten würde. Der Ausbau scheint nun noch größere Dimensionen anzunehmen. In der vergangenen Woche war der Geheime Finanzrath Jähnke, der eigentliche Leiter des Essener Werkes, hier, um in Gemeinschaft mit der hiesigen Werftleitung die angrenzenden und sonstige zum Ankauf geeignete und in betracht kommende Ländereien der Werft in Gaarden einer Besichtigung zu unterziehen. In einer der letzten Gemeindesitzungen von Gaarden theilte nun der Gemeindevorsteher mit, daß die Vergrößerung der Werft in solchem Umfange erstrebt würde, daß ein Stamm von 4000 Arbeitern dauernd beschäftigt werden könnte und daß er den Vertretern empfehle, doch bei den Besitzern der in betracht kommenden Grundstücke dahin zu wirken, nicht zu hohe Preise zu fordern, damit die Werft nicht wegen Platzmangels einzelne Werkstätten nach umliegenden Gemeinden verlege. Diese Annahme ist nicht so unbegründet, da auch bei Mönkeberg, mehr nach der Außenförde des Kieler Hafens zu, die Werft ein umfangreiches Terrain besitzt, das schon früher für die Anlage einer Kesselschmiede in Aussicht genommen wurde. Wenn man bedenkt, daß ein Stamm von 4000 Arbeitern beschäftigt werden soll, kann man sich einen Begriff machen, in welch' kolossaler Weise die Werft ausgebaut werden soll. Nachdem im letzten Winter durch umfangreiche Bohrversuche die Bodenverhältnisse festgestellt worden sind, soll nunmehr zu den eigentlichen Bauarbeiten übergegangen werden. Außer dem Bau der einzelnen Werkstattsgebäude und der ca. 300 Meter langen Quai-Mauer, soll späterhin auch noch der Bau eines großen Halligs in Angriff genommen werden, damit auch der Bau der größten Kriegsschiffe keine Schwierigkeit macht. Die Bauarbeiten sollen in solchem Maße beschleunigt werden, daß schon im nächsten Jahre die Werft den vollen Betrieb aufnehmen kann. Ist dieses der Fall, dann wird Krupp im stande sein, in eigenen Werkstätten ein Kriegsschiff mit voller Ausrüstung und Armirung fertigzustellen. Es ist auffällig, daß gerade die Fertigstellung der Werft mit dem Zeitpunkt zusammenfällt, wo die jetzt geforderten Kriegsschiffe nach erfolgter Bewilligung würden in Bau gegeben werden können und da liegt denn auch die Annahme nahe, daß Krupp schon „unter der Hand" von diesen Marineforderungen erfahren und dadurch zur Uebernahme der Germania-Werft veranlaßt wurde. Krupp wird im stande sein, mit Hilfe seiner immensen Hilfsmittel und seiner eigenen Rohmaterialien einer jeden Konkurrenz die Spitze zu bieten oder sie zu übertreffen und da wird er auch den größten Vortheil wieder von der geforderten Vermehrung der Kriegsschiffe haben. So zeigt sich auch hier wieder, daß die ungezählten Millionen, zum allergrößten Theil von den Armen und Aermsten im Volke aufgebracht, die in schwimmenden Särgen verpulvert werden sollen, in den Geldsack der Reichen und Reichsten im Volke fließen.

Kassel, 13. März. (Eig. Ber.) Im Dezember vorigen Jahres wurde in Denuhausen bei Kassel ein Bürgerverein ins Leben gerufen, Statuten dem Bürgermeister eingereicht, aber ohne die gesetzlich vorgeschriebene Bescheinigung (§ 2 des Vereinsgesetzes) wieder zurückgegeben. Jetzt wanderten die Statuten nach dem Landrathsamt, kamen aber auch von dort mit folgendem Begleitschreiben ohne Bescheinigung zurück:

Antwort auf die Eingabe vom 19. Januar 1897. Die Statuten Ihres Bürgervereins erhalten Sie anbei mit dem Bemerken zurück, daß dieselben weder von mir noch vom Bürgermeister einer Prüfung und Bestätigung bedürfen. Der Verein geht die Behörde nichts an. Sie können so viele Vereine gründen, als Sie wollen, thäten aber besser, Geld und Zeit anders anzuwenden, als für solche höchst überflüssigen Dinge.

Der Landrath.
v. Dörnberg.

Der erste Theil der Antwort ist ganz richtig, der zweite zeigt, daß der Herr Landrath sich besser in die Rolle eines patriarchalischen Bureaukraten aus der Zeit des stockschwingenden Friedrich Wilhelm I., als in die Zeit des Ausganges des 19. Jahrhunderts zu finden versteht.

Das Nichtertheilen der Bescheinigung ändert an dem rechtmäßigen Bestande des Vereines nichts, wenn der Ortspolizeibehörde die Statuten eingereicht wurden. —

— Württembergischer Landtag. Der „demokratische" Landtag zeigte sich am Freitag, an welchem Tage mit der Einzelberathung des Etats begonnen wurde, in seinem ganzen monarchischen Lichte. Die Kapitel 1 und 2, welche die Zivilliste und die Apanagen behandelten, wurden debattelos genehmigt, trotzdem die Zivilliste gegen das Vorjahr, infolge Erhöhung der Naturalpreise, eine um 7824 M. höhere Summe aufwies.

Die Sonnabend-Sitzung war der Generaldebatte über das Justizdepartement gewidmet; doch wurde dieselbe an diesem Tage trotz dreitägiger gegenseitiger Aussprache nicht beendet, so daß dieselbe am Dienstag fortgesetzt wird. Der Berichterstatter Haußmann (Vp.) drückt seine Befriedigung über den Abschluß des Bürgerlichen Gesetzbuches aus und hofft, daß die Ausführungs-Gesetzgebung zum Wohle des württembergischen Volkes beitragen möge. Redner berührt hierauf eine Anzahl von Einzelheiten, dabei seine Ansicht kundgebend; er frägt u. a., wie es mit der Erlassung einer zeitgemäßen Gesinde-Ordnung stehe, wünscht Beibehaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und verlangt, daß das Grundbuch in den Gemeinden belassen werde. Er bedauert das Scheitern der Justizgesetznovelle im Reichstag und verspricht, einen Antrag zu stellen, die württembergische Regierung zu ersuchen, im Bundesrath neuerdings für eine gesetzliche Regelung und Entschädigung unschuldig Verurtheilter einzutreten. Für die Besetzung der Strafkammern wünsche er drei gelehrte Richter und zwei Schöffen, für die Strafsenate fünf gelehrte Richter. Nach ihm sprechen der Deutschparteiler Sachs und von Geß, ihnen folgt der Zentrums-Abgeordnete Rembold. Letzterer Redner bringt eine Petition zur Sprache, die bei dem Hause eingegangen ist, bezüglich Verhaftung wegen Ungebühr vor einem Schöffengericht. Redner führt aus, daß es zwar eine gesetzliche Bestimmung sei, wonach wegen Ungebühr vor Gericht eine Freiheitsstrafe oder Geldstrafe verhängt werden kann und erstere sofort vollziehbar ist, es sei dies aber bei jungen temperamentvollen Richtern eine bedenkliche Sache, es solle daher nur in den nothwendigsten Fällen von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht werden, denn jedes Schimpfen vorm Amt sei nicht sofort als Ungebühr zu betrachten. Mit den Ausführungen Haußmann's, betreffend Berufung in Strafsachen, Entschädigung unschuldig Verurtheilter 2c., erklärt sich Redner einverstanden, denn aus seiner Thätigkeit als Richter wisse er das Laienelement in der Rechtsprechung zu schätzen. Justizminister v. Breitling führt aus, daß in den nächsten Jahren die württembergische Justizverwaltung infolge der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches unter dem Zeichen der Einführungsgesetze stehe, doch könne er jetzt noch keine klaren Ausführungen geben mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand der Reichsgesetzgebung. Eine siebengliedrige Kommission von Ministerialbeamten, Mitgliedern höherer Gerichte und ein Rechtsanwalt befassen sich unter Vorsitz des Professors v. Mandry mit diesen Angelegenheiten, dieselbe habe auch schon den Entwurf einer Gesinde-Ordnung aufgestellt; auch könne er jetzt schon bemerken, daß die württembergische Justizverwaltung bereits in die Erwägung eingetreten sei, ob es nicht möglich sei, von der Landesgesetzgebung aus den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß unschuldig Verurtheilten Entschädigung vom Staate zu leisten sei. Der fromme Zentrumsmann Kiene dankt dem Minister für seine Ausführungen und kann nicht umhin, seine „Menschenfremdlichkeit" dadurch zu dokumentiren, daß er bedauert, daß durch den Gnadenerlaß anläßlich des Reichsjubiläums unwürdige Personen, wie Bettler und Stromer, der königlichen Gnade theilhaftig wurden. Mit frommem Augenverdrehen erzählt er, wie diese Kategorien gleich nach ihrer Entlassung wieder gebettelt haben und deshalb wieder eingeliefert wurden. (Hätten diese „Unwürdigen" das Einkommen des Herrn Landgerichtsraths Kiene, sie würden sicher nicht betteln.) Der Abg. Haußmann führte denn auch Herrn Kiene gründlich ab und meinte, daß man sich dem Mitleid mit diesen Personen nicht verschließen könne. Justizminister von Breitling erklärt am Schlusse der Sitzung noch, daß die württembergische Regierung der Einführung der Berufung stets sympathisch gegenüber gestanden habe, und wenn diese Frage die Reichsgesetzgebung wieder beschäftigen werde, so werde auch dort die württembergische Regierung ihren Standpunkt vertreten. —

Aus Colmar i. Els. wird der „Frankfurter Zeitung" berichtet: Gestern Nachmittag hielt die elsaß-lothringische Volkspartei eine Versammlung ab, in der Rechtsanwalt Blumenthal in einstündiger Rede über die jüngsten Ereignisse in Elsaß-Lothringen sprach. Redner kritisirte unter lebhaftem Beifall insbesondere die letzte Statthalterrede über die Presse und forderte die Abschaffung der Diktatur-Ausnahmegesetze und Einführung der direkten Wahl zum Landesausschusse. —

Oesterreich.

Wien, 14. März. (Eig. Ber.) Am heutigen Tage sind bis auf zwei Stichwahlen in Prag und Graz, über deren Ausgang sich wenig vorhersagen läßt, die allgemeinen Wahlen in Oesterreich zu Ende. Die Sozialdemokratie hat bisher 13 Mandate erobert, acht davon beim ersten Wahlgang, fünf in der Stichwahl. Die industriellen Bezirke Böhmens sind unser, die Industriebezirke Schlesiens und Mähren sind durch Sozialisten vertreten, die Hauptstädte Galiziens haben sozialistisch gewählt. Gerade in den letzteren sind es nicht blos unsere Anhänger, die für uns gewählt haben; alle Armen und Elenden gaben ihre Stimmen den Sozialisten als flammenden Protest gegen die Vergewaltigung der Szlachta. Um so bitterer muß es empfunden werden, wenn die Hauptstadt Oesterreichs keinen Sozialisten zum Vertreter hat. Ueber die Wiener Wahlen einige Worte.

Wir gingen mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf. Sozialpolitiker, Demokraten, Liberale versprachen uns ihre Unterstützung; aus Bourgeoiskreisen konnten wir also auf annähernd 20 000 Stimmen rechnen. Thatsächlich haben nur die Liberalen und diese erst in letzter Stunde Kandidaten aufgestellt, für dieselben aber fast gar keine Agitation entfaltet. Die Sozialpolitiker sahen von jeder Kandidatur ab; sie erklärten, uns die Verlegenheit einer Stichwahl ersparen zu wollen. Hie Sozialdemokrat, hie Christlich-Sozialer resp. Bourgeois! Man las auch thatsächlich auf manchen Plakaten keine andere Empfehlung des Kandidaten, als daß er Gegner der Sozialdemokratie sei. Ueberhaupt hatten die Christlich-Sozialen als Wahl-Parole die Bekämpfung der Sozialdemokratie in der gewöhnlichen verleumderischen Form. Auch hofften wir viel Zuzug von Lehrern und Beamten zu erhalten, die von den Christlich-Sozialen trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft schon zahlreiche Fußtritte erhalten haben. In letzter Linie rechneten wir auf unsere eigene Kraft. Und das Resultat?

Von 216 809 abgegebenen Stimmen erhielten wir 88 380, die Christlich-Sozialen 117 102, um fast 30 000 mehr. Selbst die ärgsten Pessimisten, welche nur auf ein einziges Mandat in Wien rechneten, wurden durch dieses Resultat niedergedrückt; dazu kam noch die Hiobspost, daß auch Pernerstorfer, dessen Bezirk als sicher galt, mit fast 2000 Stimmen in der Minorität geblieben war. Wir hatten noch weniger Grund, uns für geschlagen zu halten, als wir vorher für unseren Optimismus keinen Anlaß hatten. Betrachten wir das Wahlresultat und unsere Chancen genauer, so erscheint es uns eher im Lichte eines Sieges. Für uns ist ja Sieg nicht mit Mandatgewinn gleich bedeutend.

Darauf, daß die Christlich-Sozialen die Herrschaft in Wien haben und sie zu ihren gunsten benützen werden, will ich kein Gewicht legen; ebensowenig auf die zahlreich vorgekommenen Wahlschwindeleien. Unsere Chancen waren aber schon durch das Gesetz selbst verringert. Nicht alle, wie z. B. in Deutschland, sind wahlberechtigt, sondern die Wahlberechtigung hängt von einem sechsmonatlichen Aufenthalte ab. Zahlreichen industriellen Arbeitern ist auf diese Art das Wahlrecht genommen, ein Stimmverlust für unsere Partei, von dem die Gegner fast gar nicht betroffen sind. Dazu noch die Wahlzeit, der Monat März, wo die Arbeitslosigkeit in Wien erst geringer zu werden beginnt. Aus diesem Grunde hätten wir bei einer Wahl, die im Herbste stattgefunden hätte, bedeutend an Stimmen gewonnen. Auch von der Gemeinde Unterstützte sind nicht wahlberechtigt; als Unterstützung gilt eventuell sogar die Betheiligung der Kinder mit Lehrmitteln. Welche Partei dadurch am härtesten getroffen wird, ist klar.

Wenn man gering schätzen will, so entsprechen aus diesen Gründen die 88 000 Wiener Wähler mindestens 100 000 Wählern in Berlin.

Wir wissen ferner, daß unsere Anhänger sich aus den industriellen Arbeitern in erster Linie rekrutiren; darum durften wir in den industriellen Bezirken Böhmens und in Brünn auf Mandate rechnen. Wien ist aber keine Industriestadt wie Reichenberg oder Berlin. Sie hat zum theil in den neuangegliederten Bezirken reine Landbevölkerung, zum anderen Theile ist sie Handels- und Beamtenstadt, in höherem Maße als Berlin. Dazu kommt noch der Einfluß des Klerus. Wo wir in Wien die Industriebevölkerung stark vertreten haben, da siegten wir. Wir erhielten z. B. in Favoriten von 15 823 Stimmen 9120, in Ottakring von 19 401 Stimmen 11 095; ja selbst in Margarethen, der Stammburg des Abgötzen Lueger, brachte es derselbe nur auf 8002 Stimmen gegen 7567 sozialistische Stimmen. Thatsächlich sind also die Sozialisten auch in Wien die Vertreter der industriellen Arbeiter. Die Wahlkreis-Geometrie bewirkte aber, daß die industriellen Arbeiter kein Uebergewicht erlangen konnten. Am günstigsten stand es noch anscheinend im 5. Wahlkreise, wo Ottakring die meisten Wähler hat, und zu dem auch Hernals zählt. Aber zum Hernalser Bezirke gehören die rein ländlichen (rein antisemitischen) Ortschaften Dornbach und Neuwaldegg; zum 5. Wahlkreise gehören ferner die stark oder überwiegend ländlichen Wiener Bezirke 18 und 19. Favoriten wiederum hat zwar 19 000 Wähler, denen aber 6000 aus dem theilweise ländlichen Simmering, 11 500 aus dem kreichen Wiedner Bezirke und 23 500 aus dem stark kleingewerblichen, antisemitisch durchseuchten 3. Bezirke gegenüberstehen. In der Leopoldstadt mit ihren 30 000 Wählern, ihren vielen Juden, ihrer großen Proletarierbevölkerung, wäre wohl eher eine Niederlage der Christlich-Sozialen möglich gewesen; es wurde ihr aber die City Wiens angegliedert, die auch hier für den Christlich-Sozialen ausschlaggegend war. Die Wahlkreise waren also so eingerichtet, daß die Sozialisten nur schwer durchdringen konnten.

Dazu kamen noch andere ganz bekannte Dinge. Es war unser erster Wahlkampf, während die Gegner die ganze Wahlmache sehr gut kannten. Und sie benützten nicht blos ihre Kenntnisse, sondern kämpften mit Lügen, Verdächtigungen und Verleumdungen. Es war ein Irrthum, zu glauben, daß wir viele Nichtsozialisten mit unseren Prinzipien im Wahlkampfe vertraut gemacht haben. Nach wie vor herrscht über unsere Ideen die krasseste Unwissenheit. Diese zu beseitigen ist die Aufgabe der nächsten Propaganda; von einem Erfolge der Wirksamkeit unserer Sozialpolitiker in dieser Beziehung war blutwenig zu merken. Ferner ist die Wiener Bewegung noch lange nicht so alt, wie die Brünner; lange Zeit wurden unsere Kräfte im Bruderkampfe aufgebraucht. Wie in Deutschland sich Berlin zu Sachsen, so verhält sich in Oesterreich Wien zu Nordböhmen und Brünn. Wir stehen in Wien erst am Anfange und noch lange nicht in der Mitte unserer Agitation. Wir können höchstens auf zehn Jahre unserer Thätigkeit zurückblicken; sind da 90 000 Stimmen nicht ein Riesenerfolg, wie ihn Berlin nicht besser hatte? Wir haben also recht gehabt, auf unsere Kraft stolz zu sein, wenn wir sie auch etwas überschätzt haben.

Ein Hauptrechenfehler wäre es gewesen, wenn wir auf die Zusicherungen der Liberalen 2c. vertraut hätte. Falsch ist die Annahme, daß wir ihnen vielleicht 20 000 Stimmen zu verdanken haben. Daß wir von ihnen Stimmen haben, ist sicher, aber so viele sind es nicht. In der inneren Stadt erhielt der Christlich-Soziale 3983, wir 2446 Stimmen. Wir erhielten also nicht einmal so viel Stimmen, als bei der letzten Landtags-Wahl vor einigen Monaten Liberale und Sozialpolitiker zusammen; der Zuwachs der christlich-sozialen Stimmen betrug dagegen mehr als der Zuwachs an Wählern überhaupt. Es beweist dies, daß wir also nicht genügend von den Liberalen und Sozialpolitikern unterstützt wurden, daß dagegen viele derselben für den Antisemiten stimmten. Und das darf kein Wunder nehmen. Es handelte sich um reine Klassenwahlen, bei denen wir ja selten auf Unterstützung aus Bourgeoiskreisen rechnen dürfen. Wir können ruhig annehmen, daß viele tausende Stimmen von Liberalen für die Antisemiten in die Urne geworfen wurden. Hätten die Liberalen 2c. für eigene Kandidaten eifrig agitirt, so wäre die Stimmenzahl der Antisemiten bedeutend geringer.

Bei der letzten Landtagswahl erhielten die Antisemiten 40 000 Stimmen; bei den demnächst stattfindenden Reichstagswahlen aus der Städtekurie, der 4. Kurie, werden sie wohl 50 000—60 000 Stimmen erhalten. Ihr Zuwachs betrug also bei den allgemeinen Wahlen, bei denen alle Wähler der 4. Kurie, also die oben erwähnten 50—60 000, auch mitstimmten, nur 50 000—60 000, wovon zahlreiche Stimmen für sie eigentlich von Gegnern abgegeben wurden. Ihre Anhängerschaft unter den Proletariern ist also geringer als die der Sozialisten. Sich als einzige Volkspartei aufzuspielen, haben sie daher kein Recht.

Vielleicht wäre es viel besser gewesen, wenn wir auch in Wien Mandate erlangt hätten; der Nutzen derselben wurde aber von unserer Partei nie allzuhoch veranschlagt. Wir können sie in dem Bewußtsein verschmerzen, daß wir keine Niederlage erlitten haben, daß wir auf unsere Erfolge ganz stolz sein können. Und unsere Erfolge sind derart, daß wir bei den nächsten Wahlen auf das Wiener Neustädter Mandat und auf die mehrerer Wiener Wahlkreise sicher rechnen können. —

— Die Folge eines unserer Siege. Kaplan Broza in Blanko bei Brünn gerieth über den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Hybesch bei der Stichwahl im Brünner Wahlkreis in so starke Aufregung, daß er in Tobsucht verfiel und nach Brünn in die Landes-Irrenanstalt gebracht werden mußte. Der Kaplan verfiel auf der Fahrt dorthin abermals in Tobsucht, so daß er gefesselt werden mußte. —

Lemberg, 15. März. Die Eskortirung einer zweiten Gruppe verhafteter Bauern aus Dawidow hat abermals ernste Ruhestörungen hervorgerufen. Die Husareneskorte wurde mit Steinwürfen empfangen und mußte sich den Weg mit der Waffe bahnen. Hierbei wurden zwei Personen aus der Volksmenge und ein Polizist verletzt. Es wurden drei Verhaftungen vorgenommen. Die Dawidower Gerichtskommission wurde auf dem Wege nach Lemberg überfallen, wobei sich die Angreifer der Gerichtsakten zu bemächtigen suchten. —

— Eine großartige, in würdigster Form verlaufende Demonstration fand am letzten Sonntag vor dem Grabe der Märzgefallenen statt. In deutscher, czechischer, ungarischer und italienischer Sprache wurden Ansprachen gehalten. Gegen 100 Kränze wurden niedergelegt. Viele tausende Arbeiter defilirten vor dem Denkmal. —

Schweiz.

Bern, 15. März. Eine Anzahl radikaler Westschweizer stellt im Nationalrath den Antrag, den Bundesrath um Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Errichtung einer schweizerischen Nationalbank zu ersuchen. Die Bank soll beschränkte Haftbarkeit und eigene juristische Persönlichkeit haben. Das Kapital der Bank, die ihren Sitz in Bern erhalten soll, soll vom Bunde, den Kantonen und den Kantonalbanken aufgebracht werden. —

— In Basel-Stadt nahm das Parlament den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit an. —

Frankreich.

Paris, 13. März. (Eig. Ber.) Die proletarische Forderung der Abschaffung der privaten Arbeitsnachweis-Anstalten ist in Frankreich so alt wie diese Anstalten selbst. In ihrer gegenwärtigen Form bestehen sie seit 1852, da ein Dekret des Dezemberhelden, Napoleons III., zum Zwecke der polizeilichen Ueberwachung des Proletariats sie wieder ins Leben rief, eine der wenigen Errungenschaften des Proletariats während der Februar-Revolution vernichtend. Auf jedem politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkongreß wird immer und immer wieder die Abschaffung der Anstalten verlangt, die jährlich die Pariser Arbeiter allein um mehr als 7 Millionen Franks plündern. In den siebziger Jahren wurde in Paris eine „Liga für Abschaffung der privaten Arbeitsnachweisbureaus" gegründet, deren stürmische Agitation die Errichtung der Pariser Arbeitsbörse herbeigeführt hat. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis der in den Arbeitsbörsen vereinigten Gewerkschaften, sowie der Gemeindebehörden kann sich aber neben den polizeilich genehmigten Ausbeuterbureaus nur kümmerlich entwickeln. Die Unternehmer ziehen es selbstverständlich vor, sich in diesen Bureaus mit Arbeitskräften zu versorgen.

In der Kammer wird die Arbeitsnachweisfrage bereits seit acht Jahren kommissarisch „behandelt". Die Legislatur von 1889—1893 verging, ohne den fertigen Kommissionsentwurf betreffend Abschaffung der privaten Bureaus einer Berathung im Plenum unterzogen zu haben. So mußte die gegenwärtige Kammer wieder von vorne anfangen. Nach 3½ Jahren seit dem Zusammentritt dieser Kammer gelang es endlich den Sozialisten, die Frage auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Und das Resultat? Nach drei Sitzungen, in denen die Sozialisten, der radikale Vorsitzende der Arbeitskommission und sogar der monarchistische Berichterstatter der Arbeitskommission, Georges Berry, allseitig und gründlich das Unwesen der betrügerischen Anstalten aufgedeckt hatten, vereitelte gestern der Handelsminister das Zustandekommen der Reform durch die urplötzliche Erklärung, er bezw. der Minister des Innern werde einen Regierungsentwurf einbringen. Obwohl der Minister es nicht gewagt hatte, die Bureaux offen in Schutz zu nehmen, ist es klar, daß sein Entwurf nur ein heuchlerisches Flickwerk bieten wird. Andernfalls hätte er sich dem Kommissionsentwurf anschließen müssen, welcher die Abschaffung der Bureaux binnen fünf Jahren und ohne Entschädigung verlangt. So arbeitet das Kabinet Meline mit Hilfe einer arbeiterfeindlichen Kammermehrheit auch für die verächtlichen Ausbeuter, die selbst von dem monarchistischen Abgeordneten Georges Berry als „Parasiten" bezeichnet wurden.

Wie es überhaupt mit der sozialreformerischen Thätigkeit der Kammer bestellt ist, erhellt aus der Thatsache, daß in den zwei betreffenden Kommissionen bereits über sechzig Gesetzentwürfe sich angehäuft haben, darunter ein paar Dutzend zur sofortigen Berathung fertige und die Novelle zum Frauen- und Kinderschutz-Gesetz von 1892, deren Berathung im Plenum infolge des bösen Willens der Regierung und ihrer Mehrheit seit dem vorjährigen Sommer unterbrochen bleibt. —

Ein zweiter Panama-Prozeß steht nun unvermeidlich bevor. Was von Arton's Enthüllungen in die Presse gedrungen ist, beruht in der Hauptsache auf zuverlässigen Mittheilungen. Für die Ehrlichkeit des Untersuchungsrichters Le Poittevin bürgt der Umstand, daß er vom radikalen Justizminister Ricard ernannt worden war. Und er hat bereits eine Probe seiner Ehrlichkeit abgelegt, indem er sich der Bücher der Panama-Gesellschaft bemächtigte, welche von dem Vertuscher der ersten Panama-Untersuchung Franqueville vorsichtig nicht angerührt worden waren. Bisher nahm man auf grund der ersten Untersuchung an, Arton hätte insgesammt 1 200 000 Franks Bestechungsgelder ausgetheilt. Der wirkliche Betrag ist, wie die beschlagnahmten Dokumente Arton's Aussagen erhärten, um eine volle Million höher. Die Zahl der korrupten Parlamentarier wird entsprechend steigen. Und auch die „Non-lieus", d. h. die Parlamentarier, welche in der ersten Untersuchung „mangels an Beweisen" gerettet wurden, werden von neuem verfolgt werden können, da ganz neues Belastungsmaterial vorliegt. Zu den „Non-lieus" gehören u. a. Rouvier und Jules Roche, ehemalige opportunistische Minister. — Die panamistisch-kapitalistische Presse ist seit der neuesten fatalen Wendung der Untersuchung mäuschenstill geworden. Es ist ihr die Lust vergangen, über die Arton'schen Enthüllungen zu spötteln. Der

„Figaro“, der an seinem Theil ein schweres Bestechungsgeld von der Panama-Gesellschaft in Gestalt von „Publizitäts“-Karten erhalten und zu dessen Mitarbeitern bis heute Jules Roche zählt, klagt gar wehleidig über die „Skandalsucht“ der entarteten Franzosen. Warum nicht die schmutzige Wäsche nach dem Beispiel Italiens in den Crispi-Gaunereien fein still „en famille“ waschen?! Der Stoßseufzer des ehrenwerthen Blattes darf aber selbst von Meline nicht erhört werden. — Zu den bekannteren Opfern des neuen Panama-Prozesses dürfte auch der mehrmalige Ministerpräsident Ribot gehören. Hatte er doch wiederholt und öffentlich seine Unterhandlungen mit Arton über Auslieferung des „Checkbuches“ abgeleugnet.

Das politische Resultat des Panama-Prozesses wird sein, daß die allgemeinen Wahlen von 1898 sich, wie diejenigen von 1893, unter dem Rufe vollziehen werden: „Nieder mit den Panamisten!“

England.

London, 13. März. (Eig. Ber.) Gestern ward im Haus der Gemeinen das Budget der Marine verhandelt. Herr Goschen, der Lord der Admiralität, machte einige nähere Mittheilungen über die Ausführung des früher von ihm entwickelten Flottenvermehrungsplanes, auf deren technischen Inhalt ich hier nicht weiter eingehe. Politisch enthielt die Rede einen Passus, der direkt auf Deutschland gemünzt war und jedenfalls Beachtung verdient. Man dürfe, meinte Herr Goschen, sich nicht ohne weiteres ins Bockshorn jagen lassen, wenn irgendwo anderwärts neue Programme von Verstärkungen der Kriegsflotte auftauchen, denn in der Regel bliebe ein gutes Stück dieser Programme auf dem Papier. Aber wenn diese Programme soweit in die Wirklichkeit übersetzt würden, um das bestehende Gleichgewicht der Mächte zur See zu verschieben, dann würde die englische Regierung die Sache in ernsthafte Erwägung ziehen und ihr eignes Flottenprogramm entsprechend ändern. Sie sei fest überzeugt, setzte er unter lebhaftem Beifall des Hauses hinzu, daß sie für jede nothwendige Erweiterung des Programms auf die Unterstützung der Volksvertretung rechnen könne. Sollten im Laufe des Jahres irgendwo anderwärts außergewöhnliche Schiffsbauten in die Hand genommen werden, so werde das Haus der Regierung, dessen sei er sicher, unbedingt die Nachtragskredite bewilligen, welche die veränderten Umstände erheischen.

Die Rede begegnete allgemeiner Zustimmung. Keiner der nachfolgenden Redner sprach auch nur ein Wort im entgegengesetzten Sinne. Das Gefühl, daß England eine Marine haben muß, die mindestens der von zwei Großmächten überlegen, womöglich aber der von drei vereinten Großmächten ebenbürtig ist, ist bis in die äußerste Linke hinein fest eingewurzelt, denn bei seinem enormen Seehandel, seiner steigenden Abhängigkeit von überseeischen Märkten für die Nahrungsmittelzufuhr ist die Erhaltung dieses Machtverhältnisses zur See ein Gebot der Selbstvertheidigung für England, wofür im Nothfalle auch die englische Sozialdemokratie stimmen würde. Schon vor einigen Monaten äußerte sich „Justice“ in diesem Sinne. Wie viel auch in England faul sei, meinte damals das Organ der Sozialdemokratischen Föderation, im Konzert der Mächte sei es noch immer dasjenige Land, in dem die Freiheitskämpfer zu allen Zeiten ein Asyl gefunden hätten. Die Demokratie habe kein Interesse, dieses Land den reaktionären Großmächten des Festlandes gegenüber ohne genügende Vertheidigungsmittel zu lassen. Die scharfen Angriffe, die „Justice“ Woche für Woche gegen die Rhodes und Genossen richtet, die Leidenschaft, mit der in diesem Blatt die Sache Indiens gegen die englische Herrschaft vertreten wird, schützen es vor dem Verdacht, hier einem chauvinistischen Gefühl Folge zu geben. Die Selbstvertheidigung ist das natürliche Recht und die Pflicht jedes Volkes, auch die deutsche Sozialdemokratie hat wiederholt erklärt, gegebenen Falls für die Vertheidigung des Landes einstehen zu wollen, und wir wünschten nur, sie könnte dafür sich auf gleiche Leistungen Deutschlands für die Freiheit der Völker berufen, wie „Justice“ sie für England in Anspruch nehmen durfte. Leider ist es in diesem Punkt mit dem offiziellen Deutschland umgekehrt bestellt. Es war oft genug der Gendarm, aber nie der Helfer eines für seine Freiheit ringenden Volkes.

Dies nebenbei. Um noch eine andere Stimme aus der Opposition zu zitiren, sei erwähnt, daß das radikale „Daily Chronicle“ in seiner Nummer vom 9. März in Hinblick auf die neuesten deutschen Flottenvermehrungspläne meinte, daß wenn diese wirklich Aussicht auf Annahme im deutschen Reichstage hätten (was es indeß bestritt), Deutschland gut thäte, an das Wort sich zu erinnern, welches der Führer der manchesterlichen Friedenspartei einst mit bezug auf Frankreich gesprochen habe, nämlich daß wenn dasselbe ernsthaft versuchen sollte, es in bezug auf die Marine England gleich zu thun, er bereit sei, hundert Millionen Pfund für Verstärkung der britischen Marine zu bewilligen. „Und“, setzt das Blatt hinzu, „die Entschlossenheit und die Mittel dieses Landes sind heute in keiner Weise geringer wie in den Tagen, als Richard Cobden jenen patriotischen Ausspruch that.“

Deutsche Chauvinisten werden diese Aeußerungen als eine Drohung hinstellen, der man nun erst recht entgegenhandeln müsse. Thatsächlich aber sind sie Antworten auf die Drohungen und kindischen Angriffe, die fast jeder Tag über den Kanal herüberbringt. Cobden war aufrichtiger Friedensfreund und so wenig Gallophobe, daß bekanntlich grade er sich das größte Verdienst um das Zustandekommen des berühmten englisch-französischen Handelsvertrages erwarb. Für England ist die Erhaltung seiner Seemacht eine Lebensfrage, und wenn Deutschland daran geht, in agressiver Weise gegen England zu rüsten, so provozirt es einen Wettkampf, der bei dem enormen Vorsprung, den England hat, Millionen über Millionen verschlingen und Menschenalter dauern wird, ehe das Verhältniß des Schiffsbestandes auch nur um einen Bruchtheil verändert wäre. Inzwischen aber würde die dadurch geschaffene politische Konstellation denjenigen Mächten Vortheil über Vortheil verschaffen, die, wie ein Schriftsteller sich vor einiger Zeit treffend ausdrückte, Deutschland zu Lande „im Schraubstock“ haben. Wer die Politik der uferlosen Flottenpläne in Deutschland unterstützt, unterstützt zugleich die entsprechenden Gegen-Flottenpläne in England und provozirt eine einmüthige Frontwendung der ganzen englischen Nation, wenn nicht der ganzen englisch sprechenden Welt gegen Deutschland, das der Freunde unter den Nationen wahrlich nicht zu viel hat.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. März. Die Kommission des Folkethings für den Gesetzentwurf betreffend den Schutz des geistigen Eigenthums erstattete heute ihren Bericht. Dieselbe stimmt mit 6 Stimmen dem wesentlichsten Punkte des Gesetzentwurfes zu, durch den der Anschluß an die Berner Konvention ermöglicht wird. Die in der Minderheit gebliebenen fünf Mitglieder der Kommission wollten den Gesetzentwurf derart abgeändert wissen, daß der Anschluß unmöglich gewesen wäre.

— Ministerkrisen. Während der Ministerpräsident Reedtz-Thott dem Folkething mit seinem Abgang droht, wenn das Militärbudget nicht bewilligt wird, droht im Landesthing ein Konflikt mit dem Landwirthschaftsminister. Minister Scheſted legte einen Gesetzvorschlag vor vom Handel mit Dungungs- und Futterstoffen sowie Saatkorn. Der Minister hatte erklärt, daß er aus dem Ministerium austreten würde, wenn die Abstimmung im Landesthing seinen Anträgen zuwiderliefe. Daher setzte der Präsident die Berathung des Gesetzes aus, um erst abzuwarten, wie die Reedtz-Thott'sche Krise verlaufen wird. —

Italien.

— Der Wahlkampf hat fast seinen Höhepunkt erreicht. In allen Wahlkreisen, wo für die Sozialisten Aussicht auf einigen Erfolg vorhanden, haben sie Kandidaten aufgestellt. Der Nationalrath und die Exekutivkommission der italienischen Sozialdemokratie erläßt einen Aufruf, in welchem sie die Genossen ein letztes Mal auffordert, ihre Pflicht zu erfüllen, und trotz der Verfolgungen, denen sie ausgesetzt, im Kampfe nicht zu ermüden. Es sei in Italien das erste Mal, daß die Regierung und die Parteien beinahe geschlossen den Wahlkampf nur gegen die sozialdemokratische Partei führen. Das zeige, daß die herrschenden Parteien das vordrängende Proletariat zu fürchten beginnen.

Die gewählten Vertreter der Partei werden die Interessen des arbeitenden Volkes zu wahren wissen, sie würden namentlich auf soziale Reformen drängen, das freie Wahlrecht schützen und ausbauen, gegen die Großmachtspolitik und den Militarismus ankämpfen. —

Amerika.

New-York, 15. März. Die hiesige Presse theilt mit, daß die neue Tarifbill sehr starke Anleihen bei der Mac Kinley-Bill mache. Indeß sei ihre Annahme zweifellos. Das Zuckerkartell entfaltet eine energische Agitation unter den Senatoren für Beibehaltung der jetzigen Zölle, und zwar, wie es scheint, mit Erfolg. —

Reichstag.

191. Sitzung vom 15. März 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Graf Posadowsky.

Eingegangen ist der Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden.

In dritter Berathung genehmigt das Haus den Gesetzentwurf betr. Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1897—98 zur Schuldentilgung ohne Debatte und beschäftigt sich dann mit Petitionen.

Die Petition des Vereins deutscher Zeitungsverleger wegen Auslegung des § 22 des Preßgesetzes (betreffend die Verjährung) wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. Die Petition der Landwirthschaftskammer für Schleswig-Holstein zu Kiel um Erlaß eines Reichsgesetzes betreffend die Nichteinklagbarkeit der an ausländischen Börsen abgeschlossenen Blanko-Termingeschäfte in Getreide und Mühlenfabrikaten wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Die Petition des Oskar Aßmann zu Meißen wegen Herbeiführung einer Vereinbarung wirksamer Maßregeln zwischen den Regierungen der europäischen Staaten zur Bekämpfung des Mädchenhandels wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Außerdem wurde eine Reihe anderer Petitionen, die aber nicht von allgemeinem Interesse waren, erledigt.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Auslieferungsvertrag mit den Niederlanden und Auswanderungsgesetz.)

Parlamentarisches.

Unter den von der Kommission für das Unterrichtswesen im preußischen Abgeordnetenhause vorberathenen Petitionen befinden sich einige von allgemeinem Interesse. Die Petitionen von Schmidt (Königsberg) und Dr. Bruno Wille um Aufhebung der Bestimmungen, durch welche den Lehrern und Sprechern der Dissidentengemeinden verboten wird, an Kinder von Dissidenten Religionsunterricht zu ertheilen, beantragt die Kommission, der Regierung als Material zu überweisen. Ueber die Petition des Vorsitzenden der freireligiösen Gemeinde zu Berlin, Friederici, um Befreiung der Kinder von Mitgliedern freireligiöser Gemeinden vom konfessionellen Religionsunterricht in der Volksschule, sowie über verschiedene Petitionen um Aufhebung von Verordnungen der Regierungen in Königsberg und Danzig, nach welchen diejenigen in gemischter Ehe lebenden Eltern, welche ihre Kinder in einer anderen als der Religion des Vaters unterrichten lassen wollen, eine protokollarische Erklärung darüber vor dem Landrath abzugeben verpflichtet sind, wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Die Handwerker-Vorlage ist dem Reichstage Montag zugegangen. —

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. In Hannover sprach Liebknecht am Sonnabend über „die Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie“, und am Sonntag sprach er in Hildesheim in zwei Versammlungen „über das Wesen der Sozialdemokratie“, und über „Anarchismus und Sozialismus“. Alle drei Versammlungen waren sehr gut besucht, so daß die Säle nicht ausreichten. In Hildesheim hatten die Zentrumsleute und der Bund der Landwirthe gleichzeitig Versammlungen anberaumt, um uns das Publikum abzuziehen; sie machten aber nur Reklame für uns und der Besuch war um so massenhafter.

Frau Emma Ihrer aus Pankow bei Berlin, die bekanntlich in Schweidnitz von der Anklage, staatliche Einrichtungen verächtlich gemacht zu haben, freigesprochen worden ist, hielt, da dieser Prozeß ihre Anwesenheit in Schlesien bedingte, dort mehrere Versammlungen ab. So in Langenbielau, Reichenbach, Blumenau und Raschdorf. Sämmtliche Versammlungen hatten sich sehr starken Zuspruchs zu erfreuen und waren von gutem Erfolg. In Raschdorf, Kreis Frankenstein, wo die Gegner alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten, um die Mehrheit in der Versammlung zu erhalten und dann der Rednerin das Sprechen unmöglich zu machen, siegten unsere Parteigenossen dennoch bei der Bureauwahl, Frau Ihrer hielt ihr Referat über die neuesten Forderungen für Heer und Marine und die auch von Frauen stark besuchte Versammlung nahm mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, worin gegen die beabsichtigten neuen Ausgaben für Heer und Flotte entschieden protestirt und diese Forderungen als ein weiterer Grund für die arbeitende Bevölkerung erklärt werden, sich der Sozialdemokratie anzuschließen.

Bei der Gewerbegerichts-Ersatzwahl in Meerane in Sachsen wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Redakteur Karl John von der Magdeburger „Volksstimme“ trat am Sonnabend eine einjährige Gefängnißstrafe in der Strafanstalt zu Gommern an. Er hat durch eine Besprechung der Letzlinger Hofjagd eine „indirekte Majestätsbeleidigung“ begangen, welches Vorgehen mit neun (!) Monaten Gefängniß geahndet werden mußte, und dann hat er durch die Kritik eines Mißstandes die Firma Koch u. Ko. beleidigt, was ihm weitere drei Monate Verlust seiner Freiheit einbrachte. Wir können nur wünschen, daß Genosse John die geistige und körperliche Beschwerde des preußischen Gefängnißlebens überstehen möge, ohne in seiner Gesundheit schweren Schaden zu erleiden.

— Freigesprochen wurde vom Schöffengericht in Halle a. S. der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts“, Genosse Salomon, von der Anklage, das Preßgesetz dadurch übertreten zu haben, daß er eine von dem Schuhfabrikanten Seiler in Weißenfels eingesandte Berichtigung nicht aufgenommen hatte. Da die Berichtigung nicht den Anforderungen des Preßgesetzes entsprach, weil sie nicht vom Einsender unterschrieben war, beantragte der Amtsanwalt selbst Freisprechung. — Der frühere verantwortliche Redakteur desselben Parteiblattes, Genosse Mannigel, war vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Bergraths Leuschner in Eisleben zu der horrenden Strafe von 5 Monaten Gefängniß verurtheilt; das Landgericht dagegen fand, daß das Vergehen mit 1 Monat Gefängniß ausreichend gesühnt würde.

— Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins in Stettin ist mit seiner Beschwerde, die er an den Oberpräsidenten wegen des Verbots der Rezitation von Hauptmann's „Weber“ gerichtet hat, abgewiesen worden. Die Angelegenheit wird nun im Verwaltungsstreit-Verfahren ausgefochten werden.

— Wegen Veranstaltung einer Kollekte erhielt der Parteigenosse Feldmann, Redakteur unseres Parteiorgans in Langenbielau, ein Strafmandat in Höhe von 10 M. Feldmann hatte seiner Zeit bei einem Hinweis auf den Ausstand der Weber in Tannhausen bemerkt, daß die Expedition des Blattes Unterstützungsgelder in Empfang nehme. Die gegen dieses Strafmandat eingelegte Berufung hatte zur Folge, daß das Schöffengericht die Strafe auf 5 M. ermäßigte. Das Gericht berief sich auf die Polizeiverordnung vom 19. Juni 1867, die für Kollekten eine Genehmigung des Oberpräsidenten fordert.

— Ueber eine erfolglose Haussuchung bei dem Parteigenossen Antweiler in Neuwied berichtet die „Rheinische Zeitung“: Veranlassung war folgender weltbewegender Umstand: In der Stadt waren während der Nacht kleine Handzettel aufgeklebt worden, auf denen zum Besuch einer Volksversammlung eingeladen wurde. Auf diesen Zetteln, die übrigens von den Nachtwach-Beamten sofort sorgfältigst wieder abgekratzt wurden, soll der Drucker nicht angegeben gewesen sein. Dies gewaltige Ereigniß hält nun schon seit drei Wochen die Neuwieder Behörden in fieberhafter Aufregung und Thätigkeit.

— Das „Saalfelder Volksblatt“ hatte einen Fabrikanten „Geldsacksmensch“ genannt, der Fabrikant strengte Privatklage an und das Schöffengericht verurtheilte den verantwortlichen Redakteur Türk zu 10 M. Geldstrafe. Das Urtheil genügte dem Kläger nicht, er legte Berufung ein, wurde aber vom Landgericht in Rudolstadt kostenpflichtig abgewiesen.

— Vor dem mittelfränkischen Schwurgericht hatte sich am Sonnabend der verantwortliche Redakteur der „Fränkischen Tagespost“, Genosse Gärtner, wegen Beleidigung des kgl. Försters Teifel aus Abensberg zu verantworten. Das nachts 2¾ Uhr verkündete Urtheil lautete auf zwei Monate Gefängniß, Tragung der Kosten und Publikation des Urtheils in der „Fränkischen Tagespost“.

— Das Verfahren, das gegen den Verleger der „Mainzer Volkszeitung“, Genossen Jost, und gegen Genossen Dr. David als verantwortlichem Redakteur des politischen Theils wegen der in der „Neuen Welt“ veröffentlicht gewesenen Dichtung „Der Nazarener“ anhängig war, ist, wie im „Vorwärts“ schon mitgetheilt wurde, eingestellt. Nicht eingestellt wurde dagegen das Verfahren, das in derselben Sache gegen Genossen Liebmann als verantwortlichen Redakteur des lokalen Theils anhängig gemacht ist. Derselbe wird sich demnächst vor der Strafkammer wegen „Gotteslästerung“ zu verantworten haben.

Die Lage in Hamburg.

Die Senatskommission für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hafen hat, wie das „Hamb. Echo“ berichtet, am Donnerstag damit begonnen, die Verhältnisse der Seeleute, und zwar der Decksmannschaften sowohl der Segelschiffe, als auch der auf Dampfern, einer Untersuchung zu unterziehen. An der Enquete nahmen theil: der Wasserschout Tetens, die Herren Laeisz und Matthies als Rheder, sowie Oberinspektor Meyer als Vertreter der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft, die Kapitäne Langerhannsz (Dampfer) und Schlüter (Segelschiffe). Die Seeleute waren vertreten durch Störmer, Müller, Marx und Meier; als Vertreter des Seesteuermanns-Vereins waren Pickardt und Puhlig erschienen. Am Freitag wurden die Verhältnisse des Maschinenpersonals untersucht. An dieser Kommissionssitzung nahmen Theil außer den vorgenannten Vertretern des Rhedervereins Ober-Maschineninspektor Blumenthal von der Packetfahrt und die Maschinisten C. Illig und G. A. Müller, als Vertreter der Seeleute die Heizer Herrich und Folkert vom Seemannsverein und die Heizer Wadewitz und Brauer vom Verein der Heizer und Trimmer.

Unser Korrespondent meldete am Montag: Die Differenzen zwischen den schwarzen Schauerleuten und den Kohlenimporteuren sind noch immer nicht erledigt. Die Beschlüsse der Arbeiter, die der „Vorwärts“ am Donnerstag voriger Woche mittheilte, sind sowohl den Importeuren wie der Senatskommission sofort mitgetheilt worden. Die Senatskommission hat sich auch darauf sofort an die Importeure gewandt, aber bis heute Morgen lag eine Aeußerung derselben noch nicht vor. Inzwischen arbeiten die Kohlenschauerleute aber sämmtlich, ohne den Revers unterschrieben zu haben. In dieser Branche befinden sich überhaupt auch nur noch zehn Streikbrecher, die alle bei einem Stauer arbeiten. In den übrigen Branchen der Hafenarbeiter haben bedeutend mehr Streikbrecher sich auch nach dem Streik zu behaupten gewußt. Es sind das zu allermeist Leute, die freilich nicht geborene Hamburger sind, doch aber vor dem Streik schon länger hier gewohnt haben. Die meisten Streikbrecher arbeiten am Staatsquai.

* *

Für die Hamburger Hafenarbeiter gingen bei der **Berliner Gewerkschaftskommission** folgende Beiträge ein:

Nudelklub, 8. Rate 4,50. Landtagssetzer von W. Möser 6,—. Liste 3699, Riesel 10,50. Liste 6462, Langhopp 4,50. Liste 5905, Mustrow, Klavierarbeiter, 10,95. Liste 6764, Pieschel 11,60. Bildhauer der Firma Schleicher, 15. Rate 3,—. Schlosser von Paul Heinze, Köpenickerstr. 109a, 4,20. Möbelfabrik von Aquit, Große Frankfurterstraße, 7. Rate 9,55. Liste 5374 3,15. Liste 4814 2,85. Liste 6095, Grün u. Heltwig 5,05. Werkabtheilung der Buchdruckerei M. Bading, 14. Rate 5,—. Listen 4446 und 5008 Gastwirthsgehilfen durch Zelske 3,85. Schraubenfabrik C. F. Stärke (darunter 14,85 vom 15./1. 97, Patty) 27,65. Listen d. Kopp, Friedrichsberg 2973, 2981, 2939, 2977, 2988, 2819, 2938, 2974, 2969, 33,40. Arbeiter-Gesangverein Einigkeit, 3. Rate 5,—. Buchdrucker Stralauerstr. 50, 13. Rate 3,—. Listen 6191 und 6195, Rezeton, Rixdorf, 1,75. Ueberschuß vom Vergnügen des Vereins Vorwärts-Rixdorf 100,—. Listen d. H. Gräschke 1945, 1986, 5198, 3321, 3227, 6981, 3322, 4390, 4408, 4434, 4483, 5480, 5431, 5432, 5433 (darunter Malerwerkstatt Harzbecker 6,35, E. u. H., Charlottenburg 6,80, Porzellan 5,75, Buchdruckerei Hempel u. Ko. Nr. 13 33,65, Gießerei von Freund 14,55) 81,15. Buchdruckerei Reinhold Strauß, 13. Rate 5,75. Einige Arbeiter der Telephonapparat-Fabrik 5,30. Listen d. Jakob 5640, 5635, 6976, 6972, 6965, 6964, 6914, 6915 (darunter von Schäffer u. Walter 27,30) 47,30. Tischlerei Suß, Pallisadenstraße 78, 10. Rate 4,30. Von den Setzern der Buchdruckerei Schrinner 5,—. Schneidemühle von Emil Krohne, Bernauerstr. 79, 9. Rate 4,30. Listen d. E. Gehr, Xylograph, 4775, 4477, 5870, 7091: 25,—. Liste 6981, Glasschleifer 2,10. Liste 4218 4,70. Liste 68,15, Schlosser der Firma Drechsler, Wrangelstr. 48 5,75. Steinbildhauer der Firma Zeidler 14,—. Aus einer Differenz bei Schultheiß, d. G. 1,15. Listen 6676, 6678, Fischer 10,05. Von den Zinkgießern und Stürzern Berlins, Extrasammlung vom Maskenball 17,40. Liste 6585, Kerkau 4,05. Listen 6584, 6583, Franke 2,30. Listen 6574, 6575, 6576, 6577, Kuhlmann, Korkarbeiter 7,40. Chemigraphische Abtheilung von Albert Frisch 9,60. Buchdruckerei M. Boll, 8. Rate 5,35. Liste 6765, Schlosserei Wrangelstr. 48 1,75. Elektrotechnische Fabrik Rosenthalerstr. 36, 13. Rate 4,—. Tischlerei M. Voigt, Weberstr. 2 9,75. Tischlerei Bach u. Kopitz, Königsbergerstr. 30, 7. Rate 2,05. Tischlerei Schröpp u. Ritter, Admiralstr. 18e, 11. Rate 10,—. Tischlerei F. A. Treue, 11. Rate 18,90. Personal der Urania, Taubenstraße, 9. Rate 16,30. Listen 6944, 6945, 6946, 6947, 6948, Gewerkschaftskartell Rixdorf (darunter Buchdruckerei Mosler 4,—, Buchdruckerei Mier u. Co. 7,—, Buchdruckerei Ehrlich 3,80): 89,45. Hausvoigtei-Buchdrucker, 10. Rate 3,70. Einige Arbeiter von Siemens u. Halske, 14. Rate 7,95. Arbeiter von Schuster u. Bär, 11. Rate 21,10. Schwahn 3,—. Liste 6567, Freie Vereinigung der Kaufleute 1,70. Uhrmacher und Mechaniker von Bergemann, Neue Jakobstraße 6 7,70. Konditoren Lokalverein Berlin, 6,50. Liste 6441, Schneider Janben —,40. Buchdruckerei Glöner, 11. Rate, 24,40. Tischlerei Albert Schulz (außer Schönaiphens), Fruchtstraße 58 10,40. Listen 2869, 2896, 3742, d. Weiß, Porzellanarbeiter 8,90. Klempner von Schön u. Ko., Thurmstraße, 3. Rate 2,60. Listen 2981 und 5000, Gastwirthsgehilfen d. Zelske 2,20. Gefundene Bons in Weißensee d. Hillenbach 1,80. Liste 4938, Brauerei-Hilfsarbeiter d. Sch. 6,00. Listen 7147, 7149, 7144, Stereotypeure d. B. 11,90. Listen 6097, 6449, 6609, Glasschleifer d. H. 1,65. Geburtstagsfeier bei Zillan 2,55. Listen d. G. Ernst 4664, 5620, 5678, 6547, 6607, 6606, 6621, 5549, 6692, 6609, 6610, 6611, 3890, 3415, 4090, 4034, 4054, 4061, 4052, 4858, 4660, 4077, 4667, 4963, 4961, 4965, 4971, 4979, 4852, 4996, 5090, 5610, 5615, 5621, 5627, 5656, 5666, 5675, 5676, 6627, 6597, 6544, 6545, 6546, 6574, 6575, 6561, 6562, 6564 (darunter Schlosser und Dreher von „Cyclop“ 13,10, Xylographen d. M. Gau 9,75, Germania in Tegel 37,20, Eisengießerei Ludw. Löwe u. Co., Hollmannstraße 32,35, E. u. H. Abtheilung 24 4,—, A. E. G. 8,25, Arbeiter der Gummifabrik von Schwanitz, Müllerstr. 5,80): 369,75.

Solinger „Freie Presse“ 50,—. Zittau, von den Buchdruckern, 3. Rate 24,30. Landtags-Setzer von W. Möser 7,50. Schraubenfabrik von Bentel u. Hund (mit Ausnahme eines musikalischen Werkzeugmachers) 14,05. Arbeiter von Ludwig Löwe, Hollmannstraße, 7. Rate 9,00. Schriftgießerei von Bürenheim 3,—. Buchdruckerei Otto v. Holten, 14. Rate 19,65. Liste 4114, G. Häcker 4,40. Listen 787, 788, Hausdiener, 16,75. Bildhauer von Schleicher, 16. Rate 3,—. Listen 4811, 4810, 4813, 4818, Graveure und Ziseleure 29,90. Werkabtheilung von Max Bading, 15. Rate 5,50. Albert Hecht, Brunnenstr. 11, 3,—. Liste 15, Schmidt, Dörfer, 3,50. Akkumulatorenfabrik von Paul Ribbe, Frauenstr. 30, 1,35. Listen 4761, 4099, 5054, 4902, Mützenmacher d. Tsch. 6,40. Liste 4044, Gieschalt, Tischler, 13,90. Liste 4911 1,—. Liste 4894 (darunter Ueberschuß einer Depesche, Tapezirer, Erfurt 1,30) 4,05. Listen 6913, 6914, 5491, 6919, Chirurgische Branche 12,45.

Weitere Beiträge nimmt das Berliner Gewerkschaftsbureau (R. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16, vorn part.) in der Zeit von **9—1 Uhr vormittags** und **6—8 Uhr abends** entgegen.

Es wird nachdrücklichst ersucht, die noch ausstehenden Listen an obiges Bureau sofort einzusenden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Zimmerer Berlins und Umgegend! Da mit dem 15. März der Zeitpunkt gekommen ist, wo in den Vorjahren in unserem Gewerbe die zehnstündige Arbeitszeit begonnen, werden auch wohl in diesem Jahre einzelne Unternehmer versuchen, dieselbe wieder einzuführen. Wir machen deshalb unsere Berufsgenossen nochmals auf die Beschlüsse unserer letzten öffentlichen Versamm-

lungen aufmerksam und ersuchen dieselben, jede derartige Arbeitsstelle unverzüglich der Lohnkommission zu melden, denn nur durch planvolles Vorgehen sind wir in der Lage, derartige Anschläge abwehren zu können. Auch der Kampf um die Erhaltung des Minimallohnes und die vielen damit verbundenen Maßregelungen legen uns die Pflicht auf, mehr als bisher die Sammlungen zum Streikfonds vorzunehmen, auf keinem Platz oder Bau darf am Sonnabend die Sammelliste fehlen, glaube keiner, daß durch den Beschluß der Innung unsere Position schon eine glänzende geworden ist, ein einziger Fehlgriff unsererseits kann uns das im Vorjahr Errungene wider entreißen. Die noch immer sehr große und andauernde Arbeitslosigkeit benutzen auch wieder einzelne mit den Arbeiten zur Zentenarfeier betraute Unternehmer. Anstatt Schichtarbeit einzuführen und so die Reserve-Armee zu verringern, werden unsere, durch die lange Arbeitslosigkeit widerstandslos gemachten Kameraden gezwungen, nicht nur Ueberstunden, sondern auch Sonntags zu arbeiten. Jedes Auflehnen gegen die durch nichts gerechtfertigten Maßnahmen wird mit sofortiger Entlassung geahndet. Die blasse Angst vor etwaigen Arbeitsniederlegungen ist so groß, daß täglich Vorkehrungen getroffen und unliebsame Elemente von der Arbeit ausgeschlossen werden, so daß dieselbe nicht von Berliner Steuerzahlern, sondern vielfach von auswärts heran gezogenen Leuten fertig gestellt wird.

Wir warnen daher unsere dort beschäftigten Berufsgenossen vor unüberlegten Schritten, ein unüberlegtes Wort kann oft sehr üble Folgen für den einzelnen haben; auch bei der am Abend ungenügenden Beleuchtung ist die größte Vorsicht nöthig, wenn nicht einzelne ihre Dienstwilligkeit wieder mit dem Leben bezahlen wollen. Ganz besonders ersuchen wir aber die Platz-Deputirten der betreffenden Firmen, in der am Mittwoch Abend, Grenadierstr. 33 stattfindenden Platz-Deputirten-Versammlung zu erscheinen und genauen Bericht über die dort herrschenden Zustände zu erstatten.

Die Lohnkommission. J. A.: Theodor Fischer.

Achtung, Bauarbeiter! Hiermit werden alle diejenigen, welche noch im Besitze von Streiklisten und Generalfonds-Marken oder deren Erlös sind, zum letzten Male aufgefordert, dies unverzüglich an die folgenden Kommissionsmitglieder abzuliefern, widrigenfalls dieselben im „Vorwärts" öffentlich bekannt gemacht werden: C. Gutsch, Eisenbahnstr. 36b; C. Gödel, Lynarstraße 8; H. Joschke, Möckernstr. 117; R. Beier, Hussitenstraße 6; F. Schäfer, Frankfurter Allee 116a. J. A.: Carl Deredder, Falkensteinstr. 17, v. 8 Tr.

Die Brauerei-Arbeiter wollen an die Brauereien ein Rundschreiben erlassen, in welchem angefragt wird, wie diese sich gegenüber denjenigen Arbeitern verhalten werden, welche am 1. Mai feiern.

Die Haltung des Gesellen-Ausschusses der Bäcker-Innung „Concordia" in der Frage der Aufhebung von Kost und Logis beim Meister findet nicht den ungetheilten Beifall in den Kreisen der Bäckergehilfen. In einer Zuschrift an uns heißt es, daß gerade das Essen und Schlafen im Hause des Meisters das größte Hemmniß bilde für das Vorwärtsschreiten der Organisation. Die Gründe, welche den Gesellen-Ausschuß zu dem Standpunkt leiteten, daß die Abschaffung von Kost und Logis den Gesellen so lange nichts nütze, als die Nachtarbeit bestehe, wird als nicht richtig bezeichnet.

Der Handschuhfabrikant Herr Riemer erklärt zu der in unserer Sonntagsnummer veröffentlichen Notiz der Lohnkommission: Es sei unrichtig, daß bei ihm schlechtes Leder verarbeitet werde, er kaufe die besten und theuersten Sorten. Diese Leder seien kräftig und die Verarbeitung derselben sei wohl allerdings etwas schwer. Unrichtig sei, daß bei ihm ein annähernd auskömmlicher Lohn nicht verdient werden könne; durch die Lohnbücher könne er das Gegentheil nachweisen.

Deutsches Reich.

Der Kongreß der Maurer Deutschlands ist in Magdeburg zusammengetreten. Die Verhandlungen währen voraussichtlich bis Donnerstag und finden im Saale Friedrichsluft statt.

In Magdeburg hat die partielle Lohnbewegung der Schneider bereits einen Erfolg zu verzeichnen, indem die Firma Karl Schröter in Sudenburg die Forderungen der Arbeiter sofort bewilligte. Dagegen ist es bei der Firma Schlesinger zum Streik gekommen. Der Zuzug ist deshalb von dieser Firma streng fernzuhalten.

In Tangermünde hat der Streik der 1500 Zuckerfabrikarbeiter mit dem Erfolge geendet, daß, wie der Magdeburger „Volksstimme" gemeldet wurde, dem Personal ca. 10 pCt. Zulage gewährt worden sind. Der bisherige Mindestlohn betrug 1,75 M. täglich, verlangt wurden 2,50 M. Bemerkenswerth ist noch, daß auch die Polen — an Zahl 5—600 — sich an der Bewegung betheiligten; sie erklärten sogar, nicht unter 3 M. täglich arbeiten zu wollen.

Ein funkelnagelneuer Versammlungs-Auflösungsgrund — aus Sachsen natürlich. In der rothen Schänke in Döhlen wurde eine gutbesuchte Berg- und Hüttenarbeiter-Versammlung aufgelöst, weil dem Ueberwachenden die Beine froren. Redakteur Freese aus Zwickau hatte etwa 1¼ Stunde referirt, als plötzlich der Gendarmeriebrigadier Zeugfang auftrat und in die Versammlung rief: „Ich habe dem Vorsitzenden vor einer Stunde gesagt, er solle einheizen lassen; das ist nicht geschehen; deshalb erkläre ich die Versammlung für aufgelöst!" Wir maßen — schreibt man uns — die Temperatur, es waren 13 Grad Celsius. Da das sonst so köstliche sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz keine Bestimmung enthält, wie hoch die Temperatur im Versammlungslokal sein muß — zweifelsohne eine „bedauerliche Gesetzeslücke" —, so wird gegen die Auflösung natürlich Beschwerde geführt.

Die Steinsetzer in Gera haben das Angebot der Meister, 48 Pf. Stundenlohn den leistungsfähigen Gesellen zu gewähren, nicht angenommen, sondern beharren auf ihren Forderungen: Zehnstundentag und 50 Pf. Minimal-Stundenlohn.

In Koburg haben die Arbeiter des Baugewerbes die Arbeit wegen Ablehnung ihrer Forderungen eingestellt.

Zur Schuhmacherbewegung in Offenbach-Oberrad meldet das „Offenbacher Abendblatt", daß, nachdem die Verhandlungen der Fabrikkommissionen mit den Fabrikanten zu einem den Arbeitern genügenden Resultat nicht geführt haben, die Lohnkommission das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen wird. Die betreffenden Fabrikanten wollen nur den 10½stündigen Arbeitstag (einschließlich von je ¼ Stunde Pause für Frühstück und Vesper) bewilligen, während die Arbeiter den Neunstundentag fordern; zur Lieferung aller Fournituren wollen sich die Fabrikanten absolut nicht verstehen, ebensowenig zu einer Lohnerhöhung, am allerwenigsten zu einer solchen für alle Arbeiter.

Der Generaldirektor der bayerischen Verkehrsanstalten veröffentlicht das Schreiben, das er an den Generalsekretär des katholischen Eisenbahner-Verbandes in Bayern auf die Einsendung der Statuten gerichtet hat. Der Inhalt der Statuten gebe ihm zu erheblichen Bedenken Anlaß. Es betreffen diese die angestrebte Umwandlung des Akkordlohnes in Tagelohn, den Umfang der Sonntagsruhe, die Bemessung der Dienstzeit, die Beschränkung der Verwendung von Militäranwärtern und die Forderung der Aufnahme aller Arbeiter in den Status. Den aufgestellten Forderungen könne keine Aussicht auf Erfüllung eröffnet werden. Absatz 2 des § 9 könne in seiner dermaligen Fassung dahin führen, dem Personale die Antheilnahme am Vereine zu untersagen. Auch § 13 der Statuten sei nicht einwandsfrei. Das Schreiben schließt: „Wie sich die Verwaltung zu der von Ihnen geleiteten Agitation stellt, wird von der Art abhängen, in der sie sich entwickelt. Ich muß in dieser Beziehung der Verwaltung vollständig freie Hand vorbehalten."

Der Herr Generaldirektor hätte das ganze Statut bis auf den Titel für bedenklich erklären können. Die ultramontanen Gründer und Protektoren des Verbandes würden auch dann nicht wider den Stachel gelökt haben.

Sämmtliche Polituraeiter und Vergolder in der Fabrik von Gersdorf u. Brandenburg in Pasing-München haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht. Verband der Vergolder 2c., Zahlstelle München-Pasing.

Die Tischler Ludwigshafens haben den Meistern folgende Forderungen unterbreiten lassen: 9½stündige Arbeitszeit; regelmäßige wöchentliche Lohnzahlung; für Sonntagsarbeit 50 pCt. Aufschlag, für Ueberstunden 25 pCt., für diejenigen Arbeiter, die heute 3 M. und mehr haben, 15 pCt. Aufschlag, für die im Bau beschäftigten 20 pCt. mehr und bei Umzügen 30 pCt. Aufschlag; Abschaffung der Akkordarbeit; Einführung eines Minimallohnes von 3 M.; Abschaffung von Kost und Logis bei den Meistern.

Zur Aussperrung der Steinhauer Straßburgs i. E. wird uns geschrieben: Schon drei Wochen sind verflossen, seit der Baugewerk-Verein die Steinhauer wegen Unterschriftverweigerung ausgesperrt hat, und noch ist keine Aussicht auf Beendigung des Kampfes vorhanden, weil der Baugewerk-Verein sich weigert, mit der Abwehrkommission in Unterhandlung zu treten. Mit allen Mitteln versuchen die Unternehmer fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, doch haben sie damit bis jetzt sehr bittere Erfahrungen gemacht, da die angeworbenen Ersatzkräfte, mit Ausnahme von vier Lothringern, Straßburg wieder den Rücken kehrten, nachdem sie über die Sachlage unterrichtet worden waren. Wir bitten dringend, den Zuzug aufs strengste fernzuhalten und uns jede mögliche Geldunterstützung zuzuweisen, damit wir uns nicht wegen Mangels an Munition bedingungslos ergeben müssen, wodurch unsere Organisation auf unabsehbare Zeit hinaus lahmgelegt werden würde. Zu unterstützen sind 142 Mann, darunter 79 Verheirathete mit 162 Kindern unter 14 Jahren. Die Abwehr-Kommission der ausgesperrten Steinarbeiter Straßburgs im Elsaß.

Ausland.

Der Ausstand der Tabakarbeiterinnen von Marseille ist nach nur viertägiger Dauer zu Ende. Die Arbeiterinnen hatten einen kleinen Erfolg. Besonders bemerkenswerth ist die besonnene Art, wie die Arbeiterinnen die Beendigung herbeiführten. Es streikten zuerst nur 40 wegen Lohndifferenzen. 600 Arbeiterinnen einer anderen Abtheilung erklärten sich mit ihnen solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Die Vierzig befürchteten, der Streik könne unter Umständen für viele üble Folgen haben, sie, die an Zahl geringen, glaubten von ihren Arbeitsschwestern solche Opfer nicht annehmen zu dürfen. Sie setzten deshalb ihre Forderungen wesentlich herab, wodurch die Einigung mit der Manufaktur herbeigeführt wurde.

In Oldham in England haben, wie telegraphirt wird, am Sonnabend 2000 Maschinenarbeiter die Arbeit niedergelegt infolge eines Beschlusses zweier Firmen, die neuerdings erfolgte Lohnerhöhung von zwei Shilling pro Woche von dem den Arbeitern gezahlten monatlichen Gewinnantheil in Abzug zu bringen.

Soziales.

Bummelei der Berufsgenossenschaften. Als ein Vorzug des Unfallgesetzes wurde die Möglichkeit einer schnellen Rentenfestsetzung hervorgehoben. Die Schwärmer für die Berufsgenossenschaften behaupten, thatsächlich werde noch heute die Rente auch außerordentlich schnell festgesetzt, und lehnten die Anträge unserer Genossen auf Festsetzung einer kurzen Frist zur Festsetzung deshalb ab. Sie behaupteten, Fälle, wo die Berufsgenossenschaften erst ein halbes Jahr nach dem Unfall endlich sich äußert, seien sehr selten. Das Gegentheil ist richtig: fast täglich laufen bei uns Beschwerden über die Langsamkeit der Feststellung ein. Der Arbeiter R. verunglückte am 18. 5. 1896 im Betriebe, am 16. 2. 1897 theilte ihm die Knappschafts-Berufsgenossenschaft zu Halle mit, demnächst werde ihm der Rentenfeststellungs-Bescheid zugehen. Bis heute, also 10 Monate nach dem Unfall, ist ihm noch kein Bescheid geworden. Selbst Haftpflichtprozesse wurden schneller entschieden.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg-Eimsbüttel weist in ihrem Bericht, der von dem Geschäftsführer A. v. Elm in der letzten Generalversammlung gegeben wurde, für das Jahr 1896 folgendes finanzielle Ergebniß auf: Der Absatz an Zigarren betrug im letzten Jahre 3983 Mille. Die im zweiten Quartal getroffenen Neuerungen: Einführung größerer moderner Façons, Herabsetzung des Verkaufspreises für die Fünfpfennig-Zigarren um 2 M. pro Mille, bewirkten in den nächsten Quartalen eine Steigerung des Absatzes um etwa 200 Mille pro Quartal. Die Genossenschaft beschäftigte durchschnittlich 81 Arbeiter. In der Fabrik in Hamburg verdienten die dort beschäftigten Sortirer durchschnittlich 26,10 M., die Zigarrenarbeiter 21,30 M. pro Woche; in der Fabrik in Ladenburg die Sortirer 23,46 M., die Zigarrenarbeiter 18,60 M. pro Woche. An Arbeitslohn wurden im ganzen gezahlt 68 457,86 M., an Zoll für Tabak 21 068,30 M. Die Jahres-Bilanz stellt sich wie folgt: Aktiva: Kassenbestand 57,55 M., Bankbestand 3237,62 M., Inventar 4387,47 M., Ausstehende Forderungen 33 863,11 M., Rohmaterial und fertige Waaren 108 562,36 M., Summa 150 108,13 M. Passiva: Geschäftsantheile der Mitglieder 14 100,90 M., Reserve-Konto 2240,30 M., Waarenschulden 41 677,16 M., Schuldschein-Konto 9718,05 M., Kapital-Konto 67 431,39 M., Darlehns-Konto 1899,75 M., Wechsel-Konto 5758,02 M., Gewinn 7282,56 M., Summa 150 108,13 M. Die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres betrug 349.

Die Stadtverordneten Offenbachs haben sich im Prinzip für den Erlaß einer Polizeiverordnung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter ausgesprochen.

Die Gründung eines württembergischen Arbeiter-Sängerbundes wurde auf einer Konferenz zu Eßlingen am 7. März von Delegirten verschiedener Gesangvereine beschlossen. Der Vorsitzende ist Ferdinand Schön in Stuttgart, Untere Bachstr. 3.

Gerichts-Zeitung.

Genossen Retzerau und die Rixdorfer Gendarmerie vor dem Kammergericht. Das außerordentlich harte Urtheil, das gegen den Genossen Retzerau vom Landgericht II wegen Beleidigung der Rixdorfer Polizei gefällt worden ist, unterlag gestern (Montag) der Nachprüfung des Kammergerichts. Es handelte sich bekanntlich um eine Rede, die Retzerau in der Gemeindevertretung von Rixdorf zur Begründung eines Antrages gehalten hatte, der dahin ging, dem Ober-Wachtmeister Peine den Wohnungsgeldzuschuß zu entziehen. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten ihn zu zwei Monaten Gefängniß. Für den Angeklagten hatte Rechtsanwalt Herzfeld Revision eingelegt. Vor allem stützte er dieselbe darauf, daß der Vorderrichter dem Angeklagten den Beweis der Wahrheit seiner Kennzeichnung der Rixdorfer Polizeiverhältnisse abgeschnitten habe, obwohl R. sich anheischig gemacht hätte, den Beweis zu erbringen. Thatsächlich wären in Rixdorf maßlose Uebergriffe der Polizei vorgekommen. Uebrigens habe Retzerau in seiner Eigenschaft als Gemeindevertreter jene Ausführungen gemacht und als solcher sei er dazu nach § 102 der Landgemeinde-Ordnung befugt gewesen. Durch seine Verurtheilung sei also auch dieser Paragraph verletzt worden. Schließlich könne von einer öffentlichen Beleidigung überhaupt nicht die Rede sein, da der Zutritt zu den Verhandlungen der Gemeindevertretung von Rixdorf nur den dort Ansässigen vorbehaltslos freistehe. Auf jeden Fall habe aber R. in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Der Strafsenat des Kammergerichts wies indessen die Revision zurück. Der Vorsitzende bemerkte, wenn der Angeklagte auch wirklich in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt haben würde, dann wäre er doch strafbar, da aus der Form seiner Darlegungen klar die Absicht zu beleidigen hervorgehe. Was die Ablehnung der Beweisanträge betreffe, so sei sie aus thatsächlichen Gründen erfolgt und darum nicht angreifbar. Jene Gemeindevertreter-Sitzung sei als öffentliche anzusehen und somit sei auch die Beleidigung öffentlich gefallen.

Gewöhnliche und ungewöhnliche Leichenbegängnisse. In einer posenschen Ortschaft besteht eine Dissidentengemeinde, die sich evangelisch nennt, dessenungeachtet aber von den Vertretern der Staatskirche aufs tiefste gehaßt wird. Der „Prediger" der Gemeinde namens Stolz betheiligte sich im vorigen Jahre auf Anregung der Leidtragenden an einem Leichenbegängniß. Der Ortspfarrer, der davon Wind bekommen hatte, veranlaßte das Erscheinen eines Gendarmen auf dem Friedhofe. Dieser hatte den Auftrag, zu verhindern, daß Stolz auf dem Kirchhofe der evangelischen Gemeinde eine Rede halte oder amtire. Stolz ließ ein Lied singen, und begann dann eine Art Liturgie vorzulesen. Jetzt schritt der Hüter des Gesetzes ein, indessen kehrte man sich nicht an seine Einrede. Der Dissidentenprediger beschwerte sich demnächst über die Polizeiverwaltung des Ortes, er hatte aber weder beim Landrath, noch beim Regierungspräsidenten Erfolg. In seinem Bescheide betonte der Regierungspräsident, die §§ 9 und 10 des Vereinsgesetzes rechtfertigten das Vorgehen der Polizei. Ungewöhnliche Leichenbegängnisse bedürften danach der behördlichen Genehmigung. Ein solches Leichenbegängniß liege hier aber vor. Frühere Erfahrungen hatten befürchten lassen, daß eine aufreizende Rede gehalten werden würde. — Stolz klagte darauf beim Ober-Verwaltungsgericht, das gestern zu seinen gunsten erkannte. Der Bescheid des Regierungspräsidenten sei unbegründet. Bei Beurtheilung der Frage, ob ein Leichenbegängniß ein „gewöhnliches" sei, komme es nicht darauf an, ob der Beerdigungsakt in seiner äußeren Form und Einrichtung von dem seither Gewohnten und Hergebrachten abweiche. Es sei vielmehr entscheidend, ob bei dem betreffenden Leichenbegängnisse die Absicht obwaltete, über die Zwecke eines Leichenbegängnisses hinausgehen und ob dadurch die gesetzliche „Freiheit" (!) und Ordnung hätte gefährdet werden können. Das sei nun hier nicht anzunehmen. Es sei nicht dargethan, daß Stolz jemals bei Begräbnissen aufreizende Reden gehalten habe. Außer acht zu lassen sei auch nicht, daß durch den Artikel 12 der Verfassung die Freiheit des religiösen Bekenntnisses gewährleistet werde.

Die Wahlen in Oesterreich.

Wie in Galizien bei den Wahlen gewirthschaftet wird, zeigt schon der Umstand, daß 479 ruthenische Wahlmänner in Untersuchungshaft genommen wurden, um am Wahltage ihre Stimme nicht abgeben und den Sieg polnischer Schlachzizen ermöglichen zu können.

Im Kreise Jungbunzlau siegte der Jungczeche mit blos 13 Stimmen gegen den Kandidaten unserer Partei. In Czernowitz wurde der liberale Kompromiß-Kandidat von einem Demokraten geschlagen. Aus Tetschen a. d. Elbe wird gemeldet: Die hiesigen Sozialisten beabsichtigen, den in der Wiener-Neustädter fünften Kurie durch gefallenen Pernerstorfer im hiesigen Landgemeinden-Bezirke aufzustellen. Aus Gablonz a. d. Neisse wird berichtet: Die Wahlmänner der Bezirke Gablonz und Tannwald beschlossen, für den Fall als eine Stichwahl in dem Landgemeinden-Wahlbezirke nothwendig sein sollte, ohne Unterschied der Parteirichtung für den bürgerlichen Kandidaten gegen Genossen Dr. Adler einzutreten. Der Beschluß ist bindend sowohl für die Liberalen, wie für die Nationalen.

Nach der „Arbeiter-Zeitung" sind die in der allgemeinen Kurie für Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen auf 800 000 zu schätzen.

Ueber die Wahlen am Montag liegen folgende Depeschen vor:

Bei den Reichsrathswahlen der Landgemeinden in Oberösterreich wurden 7 Klerikale, von den Landgemeinden in Schlesien, 2 Deutschnationale und ein Polnisch-Klerikaler gewählt.

Bei den Reichsrathswahlen der Landgemeinden in Salzburg wurden zwei Klerikale, bei den Landgemeindewahlen in Krain fünf Klerikale gewählt.

Bei der Reichsrathswahl in der Kurie der Großgrundbesitzer in der Bukowina wurden die drei bisherigen Abgeordneten wiedergewählt.

Wien, 15. März. (Privatdepesche des „Vorwärts.") Resel-Graz (Soz.) mit 21 047 Stimmen gewählt; Gutjahr mit 18 000 Stimmen unterlegen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 15. März. (B. H.) Wegen Nichtbewilligung der verlangten Lohnerhöhung haben heute Morgen 80 Schiffszimmerleute die Arbeit niedergelegt.

Frankfurt a. M., 15. März. (B. H.) Der „Frankf. Zeitung" wird aus Dortmund gemeldet: Die Nachricht der „Köln. Volks-Ztg.", daß am 28. März in Bochum beide Bergarbeiter-Verbände tagen werden, erklärte in der gestrigen Versammlung des Vorstandes christlicher Bergleute der Vorsitzende Brust als falsch.

Freiberg in Sachsen, 15. März. (W. T. B.) Der „Freiberger Anzeiger" meldet: Heute Nachmittag 2¾ Uhr fand in der Dynamitfabrik in Hilbersdorf bei Freiberg eine Explosion statt, bei welcher fünf Arbeiter getödtet und einer schwer verletzt wurden. Der Materialschaden ist sehr bedeutend. Der Bahnverkehr der in der Nähe der Unglücksstätte vorübergehenden Linie Dresden-Freiberg hat keinerlei Unterbrechung erlitten.

Ludwigslust, 15. März. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Am 14. d. M. entgleisten bei der Einfahrt des Schnellzuges Nr. 1 in den Bahnhof Büchen in einer Weiche aus bisher noch unbekannter Ursache die Maschine, der Postwagen und 2 Personenwagen. Schnellzug 1 erlitt eine Verspätung von einer halben Stunde, weitere Verkehrsstörungen traten nicht ein. Die entgleisten Betriebsmittel wurden zum theil erheblich, zum theil unerheblich beschädigt. Zwei Postschaffner wurden leicht verletzt, weitere Verletzungen von Personen fanden nicht statt. Am 15. d. M., vormittags 7 Uhr, konnte der Betrieb auf dem betreffenden Geleise wieder hergestellt werden.

Wien, 15. März. (W. T. B.) Bei den Landgemeindewahlen in Mähren wurden acht Jungczechen, zwei Deutschnationale und ein Christlichsozialer, bei denen in Kärnten drei Deutschnationale und ein Slovenisch-Klerikaler gewählt.

Lemberg, 15. März. (W. T. B.) Gestern Abend fand wiederum eine große Menschenansammlung statt, weil man einen neuen Transport in Dawidow Verhafteter erwartete. Ein solcher Transport traf jedoch nicht ein. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Fensterscheiben und Schaufenster wurden zertrümmert. Polizei und Militär zerstreute die Menge. Von letzterer wurden hierbei acht Personen verletzt, fünf Mann der Polizei sind durch Steinwürfe verwundet worden. Es wurden acht Verhaftungen vorgenommen. Um Mitternacht war die Ruhe wiederhergestellt. Heute Mittag traf ein neuer Transport in Dawidow Verhafteter ein.

Paris, 15. März. (W. T. B.) Aus der Rede des Ministers des Auswärtigen Banotaux ist folgende Stelle am bemerkenswerthesten: Ueber nachfolgende Punkte sei Uebereinstimmung herbeigeführt. Autonomie der Insel unter der Oberherrlichkeit des Sultans, Zurückziehung der griechischen Truppen, Zurückziehung der türkischen Truppen mit Ausnahme derjenigen, welche in Orten konzentrirt sind, die gleichzeitig durch die Mächte besetzt gehalten werden. Um die Ordnung und die Sicherheit aufrecht zu erhalten, solle jede der sechs Mächte durch ein Kontingent von 500—600 Mann die auf Kreta gelandeten Detachements verstärken. Wenn Griechenland darauf beharre, die Truppen des Bassos auf der Insel zu halten, so würden die von den Admiralen für nothwendig gehaltenen Zwangsmaßregeln unmittelbar getroffen werden. Eine strenge Blockade der Insel Kreta würde durchgeführt und wenn nöthig, würden die Admiräle ermächtigt werden, eine effektive Blockade über Häfen des griechischen Festlandes auszusprechen und auszuführen. Dieses seien die von den Mächten angenommenen Maßregeln, und diese Maßregeln unterbreite die Regierung jetzt der Kammer. Beifall.

Paris, 15. März. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer nahm mit 356 gegen 143 Stimmen eine die Erklärung genehmigende Tagesordnung an.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Kommunales.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung des vom Magistrat der Versammlung eingereichten Verzeichnisses der Neu- und Umpflasterungen von Straßen und Plätze im Verwaltungsjahr 1897/98 hat unter Vorsitz des Stadtverordneten Wilhelm Gericke I und in Anwesenheit des Geh. Bauraths Dr. Hobrecht, des Bauraths Gottheiner und des Stadtraths Mugdan beschlossen, folgendes der Versammlung zu empfehlen: Es soll aus dem Verzeichniß gestrichen werden: 1. das Schöneberger Ufer, an dessen Stelle die Steinmetzstraße von Alvensleben- bis Göbenstraße (Asphalt) treten soll; 2. ferner wurden gestrichen die Neue Hochstraße und Schulzendorferstraße von Pankbrücke bis Müllerstraße, an deren Stelle die Weißenburgerstraße tritt, die von Schönhauser Allee mit Steinen und von da ab, soweit die Mittel reichen, mit Asphalt belegt werden soll; 3. endlich sind die Altonaerstraße von Hansaplatz bis zur Stadtbahn, die Dreysestraße und die Klopstockstraße aus dem Verzeichniß gestrichen worden und 4. soll die Händelstraße nicht nur von der Brücken-Allee bis zur Lessingstraße sondern bis zur Klopstockstraße mit Asphalt belegt werden. Dagegen sind neu in das Verzeichniß aufgenommen: 1. die Gerichtsstraße von Kolberger- bis Hochstraße (Asphalt), 2. die Köslinerstraße (Asphalt). 3. Die Unter- und Oberwasserstraße sowie die Alte Leipzigerstraße (Holz) und 4. Schliemannstraße zwischen Ranmer- und Lettestraße (Steine). Der Ausschuß faßte hierbei folgende Resolution: Die Versammlung ersucht den Magistrat, der Baudeputation zur möglichsten Einschränkung bei den Reparaturen der Straßen zu empfehlen.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß in beiden Schulen der Unterricht in Deutsch und Rede-Uebung während dieser Woche wegen plötzlicher Erkrankung des Lehrers ausfallen muß. Der Vorstand.

Gedankenlosigkeit oder Abgestumpftheit? Unter dieser Stichmarke schreibt die „Deutsche Tageszeitung":

„In einer sozialdemokratischen Versammlung ist kürzlich ein vertraulicher Aufruf zur Unterstützung der Freifrau v. Hammerstein verlesen worden. Der Aufruf sagt weiter nichts, als daß die Frau 70 Jahre alt, sehr leidend und vollkommen mittellos sei, sodaß sie nicht wisse, wovon sie leben solle. Daß die Sozialdemokraten mit solchen Briefen, in deren Besitz sie nur durch Stehlen oder Hehlen gekommen sein können, Geschäfte zu machen versuchen, wundert uns nicht; daß aber ein großer Theil der anständigen Presse sich vor der Veröffentlichung dieses Schriftstücks nicht scheut, nimmt uns doch einigermaßen Wunder. Ist es denn etwa verwerflich, wenn für eine schwergeprüfte, blutarme, alte Frau gesammelt wird? Was soll sonst die Veröffentlichung für einen Zweck haben? Sie verräth entweder Abgestumpftheit oder Gedankenlosigkeit." — Das Organ der Agrarier schießt mit seiner Entrüstung ein wenig daneben. Erstens war er überhaupt keine sozialdemokratische Versammlung, in der der erwähnte Brief verlesen wurde, dann aber weiß das Blatt sehr gut, daß nicht das Schicksal der armen Frau verspottet werden sollte, sondern daß die Gelegenheit ergriffen wurde, um die bekannte Noblesse der hochkonservativen Edelsten und Besten zu kennzeichnen, die es überhaupt dazu kommen ließ, daß für die Frau ihres früheren Heerführers schnorren gegangen werden mußte. Das war der Kern der Sache.

Das Wartepersonal der Irrenanstalt Dalldorf hat auch im Jahre 1895/96, wie in den Vorjahren, wieder zahlreich und rasch gewechselt. Es schieden 76 Wärter und 62 Wärterinnen aus, davon 36 bezw. 20 noch im Eintrittsjahre; eingestellt wurden dafür 78 bezw. 62. Ueber die Beschaffenheit des Wartepersonals sagt der neueste Bericht, daß ein Fortschritt bei langjähriger Beobachtung doch nicht zu verkennen sei, daß er sich aber nur sehr langsam und allmälig vollziehe und zu einem großen Theile von dem finanziellen Aufwande abhängig sei. Daß die schlechte Bezahlung des Wartepersonals nicht viele brauchbare Personen zum Eintritt oder zu längerem Bleiben anmuthen kann, darauf haben wir an der Hand der früheren Verwaltungsberichte (die übrigens die Abhängigkeit der Brauchbarkeit von der Bezahlung noch nicht hervorhoben) mehrfach hingewiesen. Wie schwer der Beruf eines Irrenwärters ist, dafür bringt der neueste Bericht selber wieder mehrere Beispiele; zwei Wärter erlitten beim Transport von Kranken schwere Verletzungen, die eine dauernde Schädigung zur Folge hatten. Die Anstaltsdirektion hat, um die Beschaffenheit des Personals noch weiter zu erhöhen, die Mittel zu einer Aufbesserung der Löhne beantragt.

Im Mittelalter soll es die Kirche just nicht sehr genau mit dem Ursprung der Gelder, die ihr für ihre frommen Zwecke zuflossen, genommen haben. Sie machte sich, wie die Kulturhistoriker übereinstimmend berichten, den Grundsatz der römischen Zäsaren zu eigen, daß Geld nicht stinkt, und nahm selbst Stätten rüder Lust, ja sogar öffentliche Häuser unter ihren frommen Schutz, wenn diese Lasterhöhlen nur brav blanke Dukaten abluden.

An diesen frommen Brauch wird man jetzt vielfach erinnert, wenn man in Zeitungen und an Anschlagsäulen von den Festlichkeiten liest, zu welchen patriotische Vereine das Publikum einladen. Die dreitägige Zentenarfeier kostet Geld, und zwar vielmehr, als die festfeiernden Vereinigungen in ihrern Kassen haben. Da werden denn zur Aushilfe patriotische Wohlthätigkeits-Vorstellungen in öffentlichen Lokalen veranstaltet. Aber ist es Pech oder hat es einen tieferen Sinn: diese wohlthuenden Akte gehen meist in Lokalitäten vor sich, deren flitterpuzige, freche Bacchantenschaar in scheinbar grellstem Gegensatz steht zu der Tugend und mustergiltigen Gottesfürchtigkeit jener, welche sich jetzt anschicken, das Nationalfest zu begehen.

Im Apollotheater war, um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen, neulich eine Vorstellung zum besten der Zentenarfeier, in der neben Trikotkünsten zum ersten Male ein Nationallied zu Ehren Wilhelms I. paradirte, ein Heldengesang, den ein Komponist gedichtet hatte, der sich bisher namentlich in Tingeltangelmelodien leistungsfähig zeigte. Aehnliche Feiern fanden in den Reichshallen, in Trikotpossentheatern und so weiter bis zu Instituten wie Gratweil's Bierhallen hinab statt. Den Vogel aber hat entschieden die Direktion des Wintergartens abgeschossen, die in den Abendblättern ankündigen läßt, daß die durch ihre Flucht mit dem Zigeuner Rigo so hochberühmt gewordene Prinzessin Chimay demnächst zur pekuniären Kräftigung des Patriotismus auftreten werde. Herr Direktor Baron verkündet es und die Presse druckt es arglos ab, daß die erste Vorstellung der erlauchten Dame zu einem „patriotisch-wohlthätigen Zweck" stattfinde. Eine wunderbare Wirkung übt doch der Patriotismus heutzutage aus. Wie im Mittelalter der Kirche, so müssen gegenwärtig ihm alle Dinge zum besten dienen. Selbst die unheilige Sinnenlust zwingt er in seine Dienste.

Ohne Sabbathschändung geht es, wie mehrfach bei kirchlichen und patriotischen Festlichkeiten, auch bei der Zentenarfeier nicht ab. An der Ausschmückung des Festplatzes zur Enthüllung des sogenannten Nationaldenkmals für Wilhelm I. wurde am Sonntag Nachmittag fleißig gearbeitet. Besonders waren Zimmerleute mit der Verkleidung der Obelisken beschäftigt. Auch die Gipsarbeiter sah man schon dabei, die Platten, die auf Möbelwagen herangefahren wurden, an den Obelisken anzubringen. Die Arbeiten fanden natürlich eine große Menge von Zuschauern, unter denen man allerhand Bemerkungen über die Sonntagsruhe hören konnte. Durch das schöne Beispiel dieser Art Religiosität soll der kirchliche und nationale Sinn des zuschauenden Volkes sich geradezu pyramidal gehoben haben.

Navigare necesse est. Das Polizeipräsidium theilt mit: Nachdem der hiesige Magistrat zur Ausschmückung der Schloßbrücke für die Jahrhundertfeier vor den Pfeilern und Oeffnungen der Brücke Flaggenmaste auf eingemauerten Pfählen errichtet hat, ist dadurch eine theilweise Unterbindung des in gegenwärtiger Jahreszeit ohnehin noch nicht in Gang gekommenen Schifffahrtsverkehrs eingetreten. Das Polizeipräsidium macht aus diesem Anlaß bekannt, daß die Stadtschleuse vom 17. bis 25. März einschließlich für den Schifffahrtsverkehr gesperrt sein wird.

Eine Huldigung freier Bürger. In hiesigen Blättern lesen wir: In Sachen des „Bürger-Festzuges" hat der Minister des Innern auf allerhöchsten Befehl soeben dem Komitee nochmals zur genauesten Nachachtung mitgetheilt, daß der Vorbeimarsch nicht länger als eine Stunde dauern dürfe. Der Kaiser wird nach den jetzt endgiltig getroffenen Anordnungen nicht am Denkmal, sondern unter dem Kaiserzelt Aufstellung nehmen. Der Bürgerzug marschirt mit „Augen links" vorbei, die Blicke sind also nach dem Kaiser und nicht auf das Denkmal zu richten. Nur die Gruppenführer salutiren durch Entblößung des Hauptes, alle übrigen Theilnehmer, auch die Vorsitzenden der Vereine behalten die Kopfbedeckung beim Vorbeimarsch auf; jede äußere Kundgebung beim Vorbeimarsch ist verboten, auch dem Schriftsteller Lawerenz, der mit einer Landsknechtsgruppe des Vereins „Pallas" vor dem Kaiser Exerzitien machen wollte, ist die Vorführung jeder Uebung irgend welcher Art direkt untersagt worden. Der gemeinsame Huldigungsruf nach den drei Kanonenschlägen wird nach den nunmehrigen Anordnungen nicht „Hoch", sondern „Hurrah" lauten.

Zu einem Zentenarfestschmaus sollten auch die städtischen Verwaltungsbureau- und technischen Beamten und Hilfsarbeiter sich brüderlich-patriotisch vereinen. Die Feier, welche zum Freitag, den 19. d. M., im Konzerthause Sanssouci angesetzt war, ist jedoch am Montag Morgen durch den Bureauvorsteher des Stadtausschusses, Lasazewski, telephonisch abgesagt worden. Warum, weiß man nicht genau; es wird jedoch angenommen, daß sich zu wenig Theilnehmer gemeldet haben. So fanden sich in einem Bureau z. B. unter 50 Beamten nur zwei Personen, nämlich der Bureauvorsteher und noch ein zahlungsfähiger Herr zum patriotischen Schmausen bereit.

Zentenarfeier und städtische Hilfsarbeiter. Uns wird geschrieben: Die mit „Kanzlei-Arbeiten beschäftigten Büreau-Hilfsarbeiter" des Magistrats, die für jeden Pfennig Lohn reelle, tadellose Arbeit geliefert haben müssen, schweben immer noch im Dunkel hinsichtlich der Aussicht auf Entschädigung für den Verdienstausfall am Tage der Zentenarfeier, an dem bekanntlich die städtischen Bureaux geschlossen sind und diese Hilfsarbeiter keine Arbeit bekommen können.

Verschiedene Eingaben um Gewährung einer Entschädigung für den 18. Januar v. Js., dem Tage der Errichtung des Deutschen Reiches, hatten keinen Erfolg gehabt. Wir meinen jedoch, daß denselben dieser Tag ebenso bezahlt werden könnte, wie den im Betriebe der städtischen Gas- und Wasserwerke beschäftigten Arbeitern. Auch die nicht angestellten Kanzlisten der preußischen Justiz- und Eisenbahn-Verwaltung erhalten diesen Tag ohne Arbeitsleistung bezahlt. Warum sollte also auch hier der Grundsatz keine Anwendung finden können: Gleiches Recht für Alle.

Ueber Hauswirthsidealismus zur Zentenarfeier ergehen verschiedene Klagen an uns. So schreibt uns ein Arzt aus dem Westen der Stadt: „Meine Schwester, Frau L., betreibt in der Gegend am Lützowplatz ein Pensionat. Dieser Tage kam ein junger Mann als Bote der Hausbesitzerin zu ihr mit der Aufforderung, doch ja am Tage der Zentenarfeier zu illuminiren; eine Liste, welche der Bote mitbrachte, diente offensichtlich zum Einzeichnen. Als meine Schwester das Verlangen zurückgewiesen hatte, wird der junge Mann abermals zu ihr gesandt, diesmal mit der Zusicherung, daß die Wirthin Lichter zur Illumination aus eigener Tasche spendiren werde. Auch die Polizei wünsche (!), daß illuminirt werde; wer aber nicht illuminire, werde als Sozialdemokrat in die Zeitung kommen. Ein plumper Kniff, die Polizei als Eideshelferin in einer rein privaten Sache heranzuzerren.

Die Leitung der Wereschagin-Ausstellung hat den Rektoren der hiesigen Gemeindeschulen die Mittheilung zugehen lassen, daß, dem Wunsche des Malers entsprechend, den Oberklassen der Schulen unentgeltlicher Eintritt zur Ausstellung gewährt werden soll.

In der Urania in der Invalidenstraße wird am Dienstag, abends 8 Uhr, Herr Gerichtschemiker Dr. Jeserich über „Anwendung der Photographie in der Praxis des Gerichtschemikers" sprechen. Der hochinteressante Vortrag ist mit zahlreichen Projektionsbildern ausgestattet, die zum großen Theil aus der gerichtlichen Praxis des Herrn Dr. Jeserich entlehnt sind.

Der Gram um den verlorenen Lieutenantstitel. Der Einjährig-Freiwillige Bortief von der 5. Kompagnie des 4. Garde-Regiments z. F., der sich Sonntag vor vierzehn Tagen nachmittags in der Nähe des großen Sterns im Thiergarten in dem Augenblick, als der Kaiser vorüberfuhr, zwei Revolverkugeln in den Kopf jagte, ist an den Wunden verstorben. Es war an die Möglichkeit gedacht worden, daß Bortief mit einem Selbstmord vor den Augen des Kaisers hätte demonstriren wollen. Es handelte sich jedoch nur um einen Zufall. Die Veranlassung zum Selbstmord war, daß der Einjährig-Freiwillige sich wegen unerlaubten Ausgehens in bürgerlicher Kleidung eine Strafe zugezogen und die Beförderung zum Reserve-Offizier verscherzt hatte.

Mit 13 Tausendmark-Scheinen ist dem „B. T." zufolge der 16jährige Kassenbote Ernst Müller flüchtig geworden. Er war am Sonnabend von dem Bankgeschäft Max Priester, Kanonierstr. 39, wo er in Beschäftigung stand, mit dem Gelde nach der Preußischen Pfandbriefbank gesandt worden, ist dort aber nicht eingetroffen. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß der Knabe weit kommen wird, denn das Wechseln der Tausendmarkscheine muß ihn unbedingt verdächtig machen. Die Nummern der defraudirten Banknoten sind: 11901A, 22708a, 41408a, 65722a, 101980a, 132546a, 87615b, 74177b, 74608b, 96806b, 127470b, 188746b, 163641d.

In der Kirche ist am Sonntag Nachmittag die 57 Jahre alte Almosenempfängerin Luise Thüraff geb. Ulrich aus der Belfortestraße 24 gestorben. Die Frau brach während des Gesanges beim Nachmittagsgottesdienst in der Immanuelkirche plötzlich zusammen und war bald eine Leiche. Der Arzt Dr. Levy aus der Prenzlauer Allee, den man herbeirief, konnte ihr keine Hilfe mehr bringen, sondern nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war, vermuthlich infolge eines Herzschlages.

Die Dampfergesellschaft „Stern" hat am Sonntag Vormittag trotz des sehr hohen Wasserstandes der Spree den diesjährigen Dampfschifffahrtsverkehr auf der Oberspree eröffnet. Der Verkehr wird vorläufig nur Sonntags stattfinden.

Zugentgleisung. In hoher Gefahr schwebten, wie ein hiesiges Blatt berichtet, am Sonntag Vormittag Passagiere des um 9 Uhr von Hamburg abgehenden Schnellzuges, der unmittelbar vor der Station Büchen entgleiste. Der Gepäckwagen, der Postwagen und ein Personenwagen sind dabei umgefallen. Glücklicherweise sind Menschenleben dabei nicht verletzt worden.

Aus dem Fenster seiner in der Dresdenerstr. 31 belegenen Wohnung hat sich in der Nacht zum Montag der 32 Jahre alte Kellner Albert Kägler gestürzt. Man fand ihn mit zerschmettertem Schädel auf dem Hofe liegen. Was den Unglücklichen, der eine Frau und zwei Kinder hinterläßt, zum Selbstmord getrieben hat, weiß man nicht.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Pferdebahn- und einem Arbeitswagen kam es gestern, Montag nachmittag um 3 Uhr an der Ecke der Anhalt- und Wilhelmstraße. Ein Fräulein Lindau, das gerade den Pferdebahnwagen besteigen wollte, wurde herabgeschleudert und so erheblich verletzt, daß man es nach der Unfallstation I bringen mußte. Der Zusammenstoß hatte eine arge Verkehrsstörung zur Folge.

Aus Liebesgram hat sich die Plätterin Marie G. in ihrer Wohnung Linienstr. 226 erhängt. Sie war von ihrem Verlobten in Stich gelassen worden.

Der Sohn eines Pastors aus der Provinz, Johannes Sch., wurde gestern hier festgenommen, weil er ohne Befugniß die Uniform eines Polizeilieutenants auf der Straße getragen, sich den Titel eines Polizeilieutenants beigelegt und sich unter Benutzung dieser Uniform und des Titels des wiederholten Betruges schuldig gemacht hat. Sch. erschien am 22. Februar d. J. in besagter Uniform bei dem Juvelier K. in der Friedrichstraße und kaufte einen Brillantring im Werthe von 300 M. mit dem Versprechen, die Hälfte des Kaufpreises am nächsten Tage zu bringen. Zahlung ist aber nicht erfolgt. In einem Militäreffekten-Geschäft in der Friedrichstraße bestellte er sich eine Polizei- und eine Infanterie-Uniform im Werthe von 500 M. Die Polizei-Uniform ist bereits geliefert worden, ohne daß Zahlung erfolgt ist. Es liegt der Verdacht nahe, daß Sch. sich noch anderer, bis jetzt nicht bekannter Betrügereien in Polizeilieutenants-Uniform schuldig gemacht hat.

Der Mörder des Pfandleihers Zeidler ist noch nicht entdeckt und es ist, wie übereinstimmend berichtet wird, auch keinerlei Aussicht vorhanden, daß er anders als durch eine wundersame Fügung des Schicksals gefunden werde. Der geängstigte Bürger, den dies beunruhigt und der im Galgenhumor höhnt, daß sich in Berlin bald ein stattlicher Klub unentdeckter Mörder bilden werde, möge Trost in der Versicherung finden, daß die Polizei ihre Pflicht thut. Sie hält auch vor allem auf die Arbeiter nach wie vor ihr scharfes Auge gerichtet und läßt auch nicht den kleinsten Verstoß gegen das Vereinsgesetz oder gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung ungeahndet.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Beim Einsteigen in einen Pferdebahnwagen wurde am Sonnabend Nachmittag in der Großen Frankfurterstraße ein Schutzmann durch einen Arbeitswagen umgestoßen und an der Brust und der linken Hand anscheinend schwer verletzt. — In der Nacht zum Sonntag fiel auf der Kreuzung der Potsdamer- und Bülowstraße der 63 Jahre alte Hauseigenthümer H. beim Aussteigen aus einem noch in Bewegung befindlichen Omnibus hin und brach sich das rechte Bein. — Gestern früh fiel der 68 Jahre alte Damenschneider Friedrich Timm vor dem Hause Fischerstr. 2 infolge eines Fehltrittes hin und brach den linken Unterschenkel. — Nachmittags gerieth vor dem Hause Oranienstraße 140 der fünfjährige Sohn der dort wohnenden, verwittweten Schankwirthin Münstermann unter die Räder einer Droschke und erlitt eine Quetschung der Brust.

Im Thalia-Theater (Adolf Ernst-Theater) sollen, wie uns die Direktion mittheilt, während der Monate Juni, Juli und August Opernvorstellungen stattfinden.

Aus den Nachbarorten.

Für die Bäckereien und Konditoreien im Kreise Teltow hat der Landrath Stubenrauch jetzt bestimmt, daß „zur Befriedigung des erhöhten Bedürfnisses" innerhalb des ganzen Kreises mit Ausnahme des Stadtbezirks Köpenick im laufenden Jahre am 10., 12., 13., 14. und 17. April, 3., 4. und 5. Juni, 2. Oktober, 20., 21., 22., 28., 30. und 31. Dezember Ueberarbeit gestattet ist. Dabei ist jedoch zu beachten, daß mit Ausnahme des Tages vor Ostern, Pfingsten auch an den für Ueberarbeit freigegebenen Tagen zwischen den Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens 8 Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens 10 Stunden im ersten Lehrjahre, von mindestens 9 Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden muß.

Wegen Errichtung eines größeren Kreiskrankenhauses für die westlichen Vororte haben die in betracht kommenden Orts-Krankenkassen des Kreises Teltow in Ausführung eines dieser Tage in Berlin gemeinsam gefaßten Beschlusses an den Kreis-Ausschuß folgende Eingabe gerichtet: „Die heute in Berlin versammelten Vorstandsmitglieder bezw. Bevollmächtigten der Orts-Krankenkassen für Schöneberg und Friedenau, Dt.-Wilmersdorf und Umgegend und Gr.-Lichterfelde richten nach eingehender Erörterung an die Teltower Kreisverwaltung das dringende Ersuchen, möglichst bald ein zweites größeres Krankenhaus in einem westlichen Vororte und zwar thunlichst in Groß-Lichterfelde, dem Mittelpunkt dieser Vororte, zu errichten, da es häufig wegen Ueberfüllung der Berliner Krankenhäuser und zur Zeit auch wegen Ueberfüllung des Britzer Kreis-Krankenhauses unmöglich ist, unseren erkrankten Mitgliedern die ärztlich für erforderlich erachtete Krankenhaus-Pflege zu gewähren.

Ein „Substitut" im Gefängnisse. Der in Charlottenburg wohnhafte Bierzapfer Scharff hatte unlängst das Pech, zu einer 14tägigen Gefängnißstrafe verurtheilt zu werden, zu deren Verbüßung er sich vor einigen Tagen im Hilfs-Strafgefängnisse zu Rummelsburg melden sollte. Da ihm dies erklärlicherweise nicht paßte, so wußte er einen Bekannten, den Arbeiter Karl Berthold, zu bestimmen, für ihn die Strafe abzusitzen. Nachdem Scharff seinen Substituten zunächst gehörig gestärkt hatte, zahlte er ihm zehn Mark als Entschädigung für die „Sitzung" und gab ihm schließlich auch noch eine Mark Fahrgeld nach Rummelsburg, worauf Berthold die Reise nach dort antrat und sich auf den Namen Scharff einlochen ließ. Nach einigen Sitzungstagen fiel jedoch den Beamten das jugendliche Alter des angeblichen Scharff auf, weshalb Recherchen angestellt wurden. Diese ergaben, daß der eigentliche Scharff noch ruhig an seinem Bierbottich saß. Er wurde festgenommen und hat sich nun mitsammt seinem Substituten Berthold, der bereits fünf Tage abgesessen hatte, wegen intellektueller Urkundenfälschung vor Gericht zu verantworten.

Zwei polnische Ziegelei-Arbeiter, welche in der Gegend von Zachow an Dienstmädchen ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübt hatten, sind am Sonntag dem Landgericht Potsdam eingeliefert worden.

In Zehlendorf hat sich ein junger Theologe, der Predigtamtskandidat K. erschossen. Ueber den Grund zum Selbstmord giebt ein Brief Auskunft, in dem es u. a. heißt: „Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß ich das Staatsexamen bestanden habe. Beide theologischen Prüfungen habe ich abgelegt, so schnell es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist. Bei einer Vorstellung bei dem hochwürdigsten Konsistorium erfuhr ich, daß ich im Juni v. J. noch zirka 350 Vorderleute hatte, eine Anstellung also in den nächsten Jahren nicht zu erwarten ist. Diese Aussichtslosigkeit treibt mich zum Wahnsinn, dem ich durch meine That vorbeugen will."

Gerichts-Zeitung.

Unser früherer verantwortlicher Redakteur, Genosse Roland (Dierl) wurde gestern wegen Hans Blum-Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Ein blutiger Streit zwischen Militär- und Zivilpersonen beschäftigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Es wurde folgender Thatbestand festgestellt: Am Abende des 1. Dezember v. J. verließen die beiden Unteroffiziere Schütt und Korpitz eine Restauration in der Kl. Alexanderstraße, um sich nach ihrer in der Nähe gelegenen Kaserne zu begeben. Korpitz war etwas zurückgeblieben und wurde von seinem Kameraden gerufen, er möge sich beeilen. In diesem Augenblick [illegible] der Kutscher Karl Wiegel und der Arbeiter Karl Hannemann [illegible] Schütt vorüber. Sie hatten dessen

Ruf auf sich bezogen und das Wort „Ochsen" verstanden. Sie stellten ihn wegen dieser unbegründeten Beleidigung zur Rede. Jetzt kam der Unteroffizier Korpitz hinzu, welcher sich erkundigte, was passirt sei. Als er von dem Mißverständniß erfuhr, suchte er die Geschichte dadurch zu erledigen, daß er den Zivilisten „befahl", nach Hause zu gehen. Diese erwiderten, daß er ihnen nichts zu befehlen habe und Wiegel berührte den Unteroffizier Korpitz dabei vor der Brust. Korpitz versetzte ihm darauf einen Faustschlag ins Gesicht, Wiegel erwiderte durch einen Schlag mit der Schnapsflasche. In diesem Augenblick kamen noch zwei Grenadiere hinzu. Korpitz, der selbst keine Waffe trug, rief dem einen Soldaten zu: „Seitengewehr her!" Als ihm die Waffe überreicht wurde, schlug er dem Wiegel damit dreimal über den Kopf und brachte ihm dabei klaffende Wunden bei. Dann warf er das Seitengewehr dem Soldaten wieder zu und lief davon, der Kaserne zu. Hannemann, der Begleiter Wiegel's, lief dem Fliehenden nach und packte ihn. Sie hielten sich gegenseitig so lange fest, bis eine Patrouille kam, die sämmtliche Betheiligten zur Wache brachte. Wiegel und Hannemann erhielten Anklage, der erstere wegen schwerer Körperverletzung (Schlagen mit der Flasche), der letztere wegen thätlicher Beleidigung, die darin gefunden wurde, daß er den Unteroffizier Korpitz festgehalten hatte. Das Schöffengericht hatte die Sache äußerst milde angesehen, den Angeklagten Hannemann völlig freigesprochen und Wiegel nur zu einer Geldstrafe von 3 M. verurtheilt, indem angenommen wurde, daß er sich im Zustande der Nothwehr befunden hatte und wobei ebenfalls berücksichtigt wurde, daß Wiegel trotz mehrseitigen Anrathens es unterlassen hatte, auch seinerseits Strafantrag gegen den Unteroffizier zu stellen, weil er ihm für seine Zukunft keine Schwierigkeiten machen wollte. Mit dieser milden Auffassung war der Staatsanwalt nicht einverstanden, er legte Berufung ein und machte in der gestrigen zweiten Instanz geltend, daß dem Angeklagten Wiegel der Zustand der Nothwehr nicht zu gute kommen könne, da er bereits mit der Flasche geschlagen hatte, bevor er die Hiebe mit dem Seitengewehr erhielt. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn zwei zwei Monate Gefängniß, gegen Hannemann 10 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof hielt auch nur eine thätliche Beleidigung des Unteroffiziers Korpitz für erwiesen, erhöhte aber die Strafe auf 30 M. Hannemann wurde freigesprochen.

Wegen verschiedener Diebstähle und Hochstapeleien, die er namentlich an Offizieren begangen hatte, ist der Diener Emil Radzilsowski von der 7. Strafkammer am Landgericht I. zu 6 Jahren Zuchthaus und 600 M. Geldstrafe, event. noch 40 Tagen Zuchthaus verurtheilt worden.

Ein prügelnder Polizist namens Dätsch ist am Sonnabend vom Landgericht Altona zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte in der Nacht zum 2. Dezember v. J. einen Kaufmann Wille arg mißhandelt.

Versammlungen.

Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die sehr zahlreich besucht war, tagte am Sonntag im Keller'schen Saale. Der Redakteur des „Correspondent", Rexhäuser aus Leipzig, referirte über den Tarif und die Tarifgemeinschaft. Der Redner führte aus, daß, wie die Verhältnisse zur Zeit lagen, eine Aufbesserung des Tarifs nicht hätte durchgesetzt werden können, ohne daß man den Prinzipalen das Zugeständniß einer längeren Dauer desselben machte, und daß die Gehilfenvertreter gewissenlos gewesen wären, wenn sie es auf einen Streik, dessen Ausgang sehr zweifelhaft war, hätten ankommen lassen wollen. In der vorjährigen Bewegung sei ja auch von Anfang an das Friedensmoment betont worden. Nicht sachliche, sondern nur persönliche Momente hätten den Riß in der Gehilfenschaft herbeigeführt. Die materiellen Vortheile des Tarifs seien ja nur unbedeutend. Einen weit größeren Werth habe dagegen die Verkürzung der Arbeitszeit, was von einem großen Theil der Gehilfen nicht genügend gewürdigt werde. Man sage nun: Die Verbesserungen des Tarifs wären schon recht, nur von der Tarifgemeinschaft wolle man nichts wissen. Redner behauptet, daß es prinzipielle Gegner der Tarifgemeinschaft überhaupt nicht gebe. Die Gegnerschaft richte sich nur gegen die geringen Vortheile, welche der neue Tarif den Kollegen gebracht habe. Würden die Vortheile große sein, dann hätte niemand etwas gegen eine langjährige Tarifgemeinschaft einzuwenden. Redner tritt der Ansicht entgegen, daß die Kollegenschaft durch die Tarifgemeinschaft in der Bewegungsfreiheit gebunden wäre. Aus Zweckmäßigkeitsgründen habe man noch einmal die Probe mit der Tarifgemeinschaft gemacht und gefunden, daß sie sich gut bewährt habe, auch müsse anerkannt werden, daß zur Durchführung derselben die Prinzipale das ihrige gethan hätten. Bis jetzt hätten 1600 Firmen den Tarif schriftlich anerkannt, außerdem seien sehr viele mündliche Zustimmungen erfolgt. Das Schiedsgericht habe sich gleichfalls gut angelassen, namentlich in Leipzig. Der Klassenkampf werde durch die Tarifgemeinschaft nicht beeinträchtigt, dieselbe diene den Interessen der Kollegen und fördere somit auch die moderne Arbeiterbewegung. Den Ausführungen des Referenten wurde lebhafter Beifall gespendet, ebenso den Rednern Besteck, Schliebs, Giesecke und Reißmann, welche für die Tarifgemeinschaft eintraten. Als Gegner derselben sprachen unter theilweisem Beifall Kitzler und Arendsee, denen Rexhäuser in seinem Schlußwort entgegentrat.

Die Aussperrung der Schuhmacher. Eine sehr stark besuchte Schuhmacher-Versammlung tagte am Sonntag in der Königsbank, um den Bericht über die Verhandlung mit den Fabrikanten am Gewerbegericht entgegenzunehmen und Maßnahmen gegenüber den vorgenommenen Aussperrungen zu treffen. Willner bemängelte die Stellungnahme des „Vorwärts", der unrichtig informirt und demzufolge bei seinem Urtheil über diese Angelegenheit im wesentlichen von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei und das Vorgehen der Unternehmer gewissermaßen billigte.*) Nachdem der Redner die Stellung des Gewerkschaftskommissions-Ausschusses zu dem Verhalten der Schuhmacher den Anwesenden bekannt gegeben hatte, berichtete er über die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, wobei er bemerkte, daß es nicht bekannt sei, von wem das Einigungsamt angerufen wurde. Nach den Ausführungen des Redners gaben bei den Verhandlungen die Arbeiter von Rosenthal u. Groß die Erklärung ab, daß sie auf die Entlassung des bei der Firma beschäftigten Zwickmeisters Kaddatz verzichten und damit einverstanden sind, daß die Streikenden nur insoweit eingestellt werden, als deren Stellen inzwischen nicht besetzt wurden. Andererseits verpflichtete sich Herr Rosenthal ausdrücklich, die alten zur Zeit streikenden Arbeiter nach und nach wieder einzustellen. Die Arbeiter von der Firma Gebr. Kallmann erklärten, mit der Weiterbeschäftigung der Arbeiterinnen bei dieser Firma einverstanden zu sein. Wohingegen sich andererseits der Mitinhaber dieser Firma, Herr Kallmann, verpflichtete, den von der Firma Rosenthal u. Groß bisher gezahlten Tarif zu bewilligen, sowie die früher bei den Maschinenarbeitern und Arbeiterinnen gezahlten Akkordlöhne wieder einzuführen und die streikenden Arbeiter ohne jede Maßregelung, soweit Beschäftigung vorhanden ist, nach und nach einzustellen. Schließlich wurde noch abgemacht, daß binnen vierzehn Tagen bei der Firma Rosenthal u. Groß der Lohntarif geprüft und eine Verständigung über die einzelnen Lohnsätze angebahnt werden soll. Eine Veranlassung zu einem neuen Streik darf jedoch das Ergebniß dieser Prüfung nicht geben. Diejenigen Arbeiter, welche zur Zeit nicht eingestellt werden können, sollen ohne Ausnahme durch die Vermittelung des Arbeitsnachweises vakante Stellen nachgewiesen erhalten. Diese Abmachungen sollten die Vertreter der Arbeiter einer allgemeinen Schuhmacherversammlung zur Genehmigung unterbreiten und die Beschlüsse spätestens am Montag dem Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes mittheilen.

Die Aussperrung der Arbeiter konnte durch die Verhandlungen nicht mehr abgewendet werden, weil, wie der Vertreter des Unternehmerverbandes erklärte, sie durch hohe Konventionalstrafen dazu gezwungen wären, sie vorläufig vorzunehmen. Dagegen verpflichteten sich die Fabrikanten, bis dahin keine neuen Arbeitskräfte einzustellen. Willner bespricht sodann in eingehender Weise die Art der Verhandlungen, die zu dem angegebenen Resultat führten, wobei er betonte, daß auch der Vorsitzende des Gewerbegerichts sich in mißbilligendem Sinne über die Einrichtungen des Fabrikanten-Arbeitsnachweises ausgelassen hatte und auch das Vorgehen des Herrn Rosenthal tadelte, der durchaus die Wiedereinstellung mehrerer Arbeiter, darunter eines, der bereits 12 Jahre bei der Firma beschäftigt war und sich zum ersten Mal am Streik betheiligte, verweigern wollte. Der Redner weist in längeren Ausführungen darauf hin, daß die Agitationskommission in der festen Zuversicht, die Differenzen auf gütlichem Wege zu regeln, wiederholt versucht hat, Verhandlungen anzubahnen, die aber wie in früheren Fällen, so auch jetzt unter allerlei Vorwänden abgelehnt wurden, weil die bedingungslose Unterwerfung angestrebt wurde. Obwohl alle Differenzen dem Unternehmerverband zur Schlichtung unterbreitet werden sollen und die dann gefaßten Beschlüsse für den betreffenden Fabrikanten, sowohl wie für die Arbeiter giltig sein sollen, läßt man die Vertreter der Arbeiter, die Agitationskommission, zu den Berathungen und Beschlußfassungen nicht zu, sodaß selbstverständlich, nach diesem einseitigen Urtheil, die Arbeiter sich stets im Unrecht befinden.

Auf den letzten Versuch der Agitationskommission, die schwebenden Streitigkeiten zu beseitigen, antwortete der Fabrikantenverband, ohne eine gemeinsame Verhandlung zuzugestehen, in einem gewundenen Schreiben an die Kommission, in dem das Wort Maßregelung wiederholt mißbraucht wird, daß die Mitglieder des Verbandes an ihrem Beschlusse betreffs Anstellungs- und Entlassungsrecht, sowie keine organisirten Arbeiter mehr zu beschäftigen, unbedingt festhalten. Thatsächlich wurde auch den Arbeitern folgender Revers zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich Endesunterzeichneter versichere hiermit auf Ehrenwort, daß ich dem Verein der deutschen Schuhmacher (Fachverein) nicht angehöre, noch während meiner Thätigkeit für Ihre Fabrik angehören werde, auch verpflichte ich mich, keinerlei Zahlungen an denselben zu leisten.

NB. Nur solche Arbeiter erhalten im Arbeitsnachweis Scheine, die obigen Revers unterschrieben haben, solche, die falsche Versicherungen abgeben, sind überhaupt ausgeschlossen."

Der am 11. März von dem Verband der Fabrikanten gefaßte Beschluß bestimmt hierüber unter anderem folgendes:

Am Sonnabend, den 13. März, werden alle Arbeiter in und außer dem Hause mit Entlassungsschein entlassen. Sollten die Arbeiter den ihnen einzuhändigenden Revers, daß sie dem Verein der deutschen Schuhmacher nicht angehören oder aus demselben ausscheiden, unterschreiben, können sie wieder eingestellt werden. Bei den Arbeitern außer dem Hause trifft dasselbe zu und zwar am Ablieferungstage der bis heute erhaltenen Waare.

Wie der Vorredner, so verurtheilt auch Menzel in scharfer Weise das Vorgehen der vereinigten Unternehmer. Er erinnert zur Charakterisirung der Bestrebungen dieses Verbandes an die Vorkommnisse des letzten halben Jahres. Nach diesen Ausführungen haben die Fabrikanten trotz des bei Beendigung der letzten Lohnbewegung gegebenen Versprechens, Frieden zu halten und die Arbeitsverhältnisse in derselben Weise zu belassen, Lohnreduzirungen und Maßregelungen vorgenommen und die schlechte Konjunktur zur Unterdrückung der Arbeiter ausgenützt. Oft mußte die Agitationskommission sich die erdenklichste Mühe geben, um die betroffenen Arbeiter davon abzuhalten, in einen Streik einzutreten. In jeder Weise wurde versucht, die Arbeiter zu provoziren, um in der schlechten Zeit einen größeren Ausstand herbeizuführen. Durch den von den Fabrikanten gegründeten Arbeitsnachweis wurden Arbeiter, die in der Bewegung thätig sind oder sonst sich bei den Unternehmern mißliebig gemacht haben, auf 4, 6 und 8 Wochen von den Fabriken ausgesperrt und ihnen höhnend die Hungerkur empfohlen. Trotz allen diesen Provokationen von seiten der Unternehmer und deren Vertrauenspersonen waren die Arbeiter nachgiebig, um den Fabrikanten keine Gelegenheit zu geben, die schon längst geplante Aussperrung zwecks Sprengung der Organisation vorzunehmen. Alle Chikanen haben die Arbeiter über sich ergehen lassen, sie haben ihre Hand stets zum Frieden geboten, um einen Kampf zu vermeiden.

Der Redner fordert hierauf zum Eintreten für die Organisation auf und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß der den Arbeitern aufgezwungene Kampf zu gunsten der Arbeiter enden wird, zumal die Geschäftskonjunktur gegenwärtig eine sehr gute und ein einheitliches Zusammengehen der Arbeiter ohne Zweifel ist.

In derselben Weise sprachen sich auch noch Stauer und Weber aus, die darauf hinwiesen, daß von denselben Unternehmern, die jetzt den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch machen wollen, die Organisation früher anerkannt wurde.

Hierauf wurde, nachdem die Gemaßregelten auf eine Unterstützung für die erste Woche verzichteten, beschlossen, daß von denjenigen, die keine Kündigung haben, am Montag die Arbeit nicht aufgenommen werden soll.

Sodann gelangte eine Resolution zur Annahme, nach welcher die Versammlung sich bereit erklärt, die Hand zum Frieden zu bieten und den Vorschlag des Einigungsamtes anzunehmen, wenn die Fabrikanten die Organisation der Arbeiter anerkennen und mit den von den Arbeitern gewählten Vertretern zu unterhandeln gewillt sind, wenn des weiteren den Arbeitern Rechte an dem Arbeitsnachweise eingeräumt und die bisher schon unterzeichneten Reverse zurückgezogen werden. Sämmtliche Beschlüsse wurden einstimmig und mit Begeisterung gefaßt.

Wie mitgetheilt wurde, haben bisher verhältnißmäßig wenig Arbeiter den Revers unterschrieben, oft nur, weil vordem gar keine Parole ausgegeben und keinerlei Beschlüsse gefaßt waren. Nach oberflächlicher Schätzung, eine genaue Feststellung war bis zur Zeit nicht möglich, sind bisher ca. 800 Arbeiter ausgesperrt. Die nächste Versammlung, zu der die Antwort der Fabrikanten erwartet wird und in welcher weitere Maßnahmen auch bezüglich der in Kündigung stehenden Arbeiter getroffen werden sollen, findet am Dienstag, nachmittags 2 Uhr, in demselben Lokale statt.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hatte für den 8. d. M. acht Bezirksversammlungen anberaumt. In sieben derselben wurde von den Genossen Glocke, Tost, Vorpahl, Ahrens, Kretschmann, Kunze und Pötzsch über „Die Lehren des Hamburger Streiks" gesprochen; in der achten sprach Genosse Hoffmann über „Glaube und Vernunft". Von einer Diskussion wurde in mehreren Versammlungen Abstand genommen, in anderen mit den Punkten Löhne und Werkstatt-Angelegenheiten verbunden.

Im Bezirk Moabit entspann sich eine längere Debatte über die Zustände in der Werkstatt von Thierbach, sowie über das Verhalten der Kollegen in der Wellblech-Fabrik von Bernhardt, wo die Tischler 10 Stunden arbeiten und die Zimmerer dagegen, welche dieselbe Arbeit anfertigen, nur 9 Stunden. Zum Schluß giebt der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am 27. März abgehalten wird und nach der Versammlung ein gemüthliches Beisammensein stattfindet.

Im Kolberger Salon rügte ein Redner, daß in der Fabrik von Borsig in Moabit, Kirchstraße, einem Betriebe, wo 800 Personen arbeiten, kürzlich, als ein Kollege an der Hobelmaschine verunglückte, nicht sofort Verbandsstoff vorhanden gewesen sei. Zu Beiträgesammlern werden Kupschrik und Fleischfresser, zum Schriftführer Fendel gewählt.

In Rautenberg's Salon, Oranienstraße, waren die Kollegen der Werkstätten von Nachbar, Naunynstr. 56, und Preißler, Reichenbergerstr. 114, geladen. In diesen ist eine lange Arbeitszeit die Regel. Die betreffenden Kollegen waren nicht erschienen; ihr Verhalten wurde von der Versammlung aufs schärfste verurtheilt.

Im Ostbezirk wurde der Kollege Sauer als Vorsitzender für die Bezirksversammlung, und die Kollegen Oswald, Hoffmann, Günther, Juth, Pletner, Windmüller und Finke in die Werkstatt-Kontrollkommission gewählt. Unter Verschiedenem wurden die Werkstätten von W. Friedrich und Zietlow der Werkstatt-Kontrollkommission überwiesen.

In Friedrichsfelde fand nur eine kurze Diskussion über den Vortrag statt.

Anmerkung der Redaktion. Von drei Bezirksversammlungen sind wir bis heute, den 15., noch ohne Bericht, ein Beweis jedenfalls, daß die Vorwürfe des zu späten Erscheinens der Berichte der Redaktion gegenüber häufig genug zu unrecht erhoben werden. Für die Betheiligten würde es jedenfalls von Vortheil sein, wenn wir immer in der Weise, wie heute, einen übersichtlichen allgemeinen Bericht über alle Bezirksversammlungen zu geben in der Lage wären.

Eine öffentliche Versammlung der Dekateure fand am 12. März in der Alten Jakobstraße 83 statt. Eingangs referirte Waldeck Manasse unter lebhaftem Beifall über den Militarismus. Hierauf berichtete der Delegirte der Gewerkschaftskommission über die letzthalbjährliche Thätigkeit derselben und gab darnach in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann der Dekateure seinen Halbjahrs-Rechenschaftsbericht, zu dessen Prüfung die Versammlung drei Revisoren ernannte. Ein Vorschlag, mehr Mittel zu Agitationszwecken zu schaffen, ging dahin, statt der Listensammlungen das Markensystem einzuführen, wurde aber nach reger Debatte abgelehnt. Es wurde beschlossen, daß die Listensammler fortan alle 14 Tage mit dem Vertrauensmann abzurechnen haben; wer diesem Beschlusse nicht nachkomme, solle in der nächsten öffentlichen Versammlung bekannt gegeben werden. Die angeregte Frage des 1. Mai wurde zur definitiven Beschlußfassung bis zur nächsten öffentlichen Versammlung zurückgestellt.

Rummelsburg. In einer Versammlung des Arbeitervereins für Stralau, Rummelsburg und Umgegend hielt am 9. März Genosse Jahn einen Vortrag über: Pflichten und Rechte der Staatsbürger. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die Verwendung öffentlicher Mittel durch die Rummelsburger Gemeinde-Vertretung betr. Zentenarfeier legte der Vorsitzende klar, daß die Gemeinde im verflossenen Jahre 56 000 Mark Ueberschuß hatte, welche größtentheils durch die Biersteuer 2c. entstanden sind. In der Gemeindevertretung sei nun beantragt worden, ein Kaiser Wilhelm-Denkmal zu errichten, ebenfalls zur Ausschmückung eine gewisse Summe zu bewilligen, und endlich Erbauung einer Mittelschule. Hierzu wird nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die am 9. März tagende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins protestirt hiermit gegen die Verwendung öffentlicher Mittel, welche von der Allgemeinheit, darunter auch von unseren Parteigenossen aufgebracht werden, seitens der Gemeindevertretung von Rummelsburg anläßlich der Feier des 100jährigen Geburtstages Wilhelms I. Sie hält es für unangebracht, den Personenkultus durch die Mittel der Gemeinde zu fördern, während andere wichtigere Aufgaben unerledigt bleiben. Sie protestirt desgleichen gegen die geplante Vertheilung einer Festschrift an die hiesigen Gemeindeschüler, da sie nicht das Vertrauen hegt, daß das Lebensbild Wilhelms I. streng objektiv gehalten und der historischen Wahrheit entsprechen wird. Sie protestiren endlich gegen die geplante Errichtung einer Mittelschule am hiesigen Orte, indem sie darin wiederum eine Bevorzugung der besitzenden Klasse erblickt auf Kosten der Allgemeinheit und die Errichtung derselben nur die Vernachlässigung der Gemeindeschule zur Folge haben würde. Zu Punkt III., die Tendenz bei der letzten Weihnachtsbescheerung armer Kinder, führt Genosse Ritter aus, daß eine Hausbesitzerin dem hiesigen Frauenverein sechs Kopftücher im Werthe von zirka zwanzig Mark mit dem Auftrage, dieselben an arme Kinder zu vertheilen, übersandt hatte. Der Frauenverein hielt aber die Tücher für arme Kinder als für zu schade und meinte, dieselben würden doch nur von den älteren Geschwistern auf den Tanzböden getragen. Die Tücher wurden nun an die Vereinsdamen, größtentheils Hausbesitzerinnen, verkauft und brachten dieselben im ganzen die Summe von 6,50 M. ein. Die Geberin war darüber empört, daß der Wohlthätigkeitsverein in solcher Weise den armen Kindern die Weihnachtsbescheerung kürzte. Wohl um der Besprechung der Sache in der Oeffentlichkeit vorzubeugen, habe dann der Frauenverein die Tücher wieder zurückgekauft und der Geberin als zur Bescheerung nicht geeignet wieder zurückgesandt. Die Versammlung giebt über solche Handlungsweise ihrem Mißfallen laut Ausdruck.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 8—10½ Uhr: Südost-Schule Waldemarstr. 14: Deutsch (Die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. — Aufsatzlehre.) Herr Heinrich Schulz. — Nordschule, Brunnenstr. 25: Nationalökonomie (Uebersicht der verschiedenen Wirthschaftsstufen-Entwickelung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Werth- und Mehrwerthslehre) Herr Dr. Konrad Schmidt.

Deutsch und Rede-Uebung fällt in dieser Woche wegen plötzlicher Erkrankung des Lehrers aus.

Die Lesehalle der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 6—9 Uhr, Sonntags von 4—9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstraße 25, die den Vereinsvorständen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6—9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 8. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 90, 2. Hof, 4 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gent, S. Dresdenerstraße 107/8.

Kosmos. Verein für volksthümliche Wissenschaft. Heute Abend 9 Uhr, bei Hensel, Brunnenstr. 173: Vortrag des Herrn Gritschinsky: Elektrizität. Diskussion. Gäste willkommen.

Zentralverein der Bildhauer. Heute, abends 8½ Uhr, Annenstr. 16: Versammlung der in der Holzbranche beschäftigten Kollegen.

Fachverein der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend. Donnerstag, den 18. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstraße 6: Mitgliederversammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Demokratischer Verein. Donnerstag, den 18. März, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Versammlung. Vortrag über: „Der 18. März 1848 und seine Lehren". Referent: Dr. Rudolph Grätzer. Gäste sind willkommen.

Witterungsübersicht vom 15. März 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresstp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° = 0° C.)
Swinemünde	759	O	3	bedeckt	3
Hamburg	755	OSO	4	bedeckt	3
Berlin	756	OSO	3	bedeckt	4
Wiesbaden	753	NO	3	bedeckt	4
München	—	—	—	—	—
Wien	759	Still	—	Nebel	2
Haparanda	764	Still	—	wolkig	—9
Petersburg	768	—	3	wolkig	—7
Cork	746	NNO	3	wolkig	4
Aberdeen	753	O	3	bedeckt	2
Paris	751	S	2	wolkig	5

Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. März 1897.

Ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas wärmerer Nacht- und sinkender Tagestemperatur.

Berliner Wetterbureau.

*) Es ist das ein Irrthum. Es handelte sich überhaupt nicht um die Billigung „des Vorgehens der Unternehmer", sondern vielmehr um eine Mißbilligung des Verhaltens der Arbeiter, die — immer vorausgesetzt, daß die diesbezüglichen Briefe der Unternehmer den Thatsachen entsprachen — nicht verhandeln wollten, bevor nicht gewisse Bedingungen erfüllt waren. Die Redaktion.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 16. März.

Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Cavalleria rusticana. (Bauern-Ehre.)
Schauspielhaus. 1812.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Geschlossen.
Deutsches. Morituri.
Berliner. Kaiser Heinrich.
Lessing. Comtesse Guckerl.
Neues. Marcelle.
Ostend. Berlin, wie es weint und lacht.
Westen. Die berühmte Frau.
Residenz. Associés.
Linden. Indigo und die vierzig Räuber.
Thalia. Frau Lieutenant.
Schiller. Am Tage des Gerichts.
Zentral. Ein fideler Abend.
Volks. Signor Piffarello.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Moderne Jungfrauen.
Alexanderplatz. Heinrich Heine. — Eine Tasse Thee.
Passage-Panoptikum. 32 Mädchen aus Samoa.
Apollo. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater

Volks-Vorstellung
unter Regie von **Julius Türk.**

Sonntag, den 21. März, nachm. 3 Uhr: Gastspiel der Damen **Martha Frey** und **Therese Freyburg**; der Herren **Heinrich Schulz** und **Wilhelm Ruff.**

Zum dritten Male:

Die Jungfrau von Orleans.

Romantische Tragödie von Fr. Schiller. Johanna: Martha Frey. Agnes Sorel: Therese Freyburg. König: Richard Jürgas. Dunois: Heinrich Frey. Burgund: Wilhelm Ruff. Lionel: Heinrich Schulz. Talbot: Julius Türk.

Die Kostüme, Requisiten, Waffen sind aus den kunstgewerblichen Werkstätten von P. Hildebrandt.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: **Am Tage des Gerichts.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die gerechte Welt.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Heute Abend 8 Uhr:
Berlin, wie es weint und lacht.
Freitag: Wohlthätigkeits-Vorstellung. Prolog. Hierauf: **Die Leibrente.** Schwank in 3 Akten von G. v. Moser. Gäste: Frl. Mara Meyer v. Schauspielhause, Frl. Falke vom Theater des Westens und Herr Franz Darn.

Thalia-Theater.

(vormals **Adolph Ernst-Theater**).
Zum 64. Male:
„Frau Lieutenant."
Vaudeville in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars. Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant."
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Trilby.**

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schultz.
Abends 1/2 8 Uhr: Zum 39. Male:
Ein fideler Abend.
Morgen: Zum 40. Male: **Ein fideler Abend.**

Friedrich Wilhelmst. Theater.

Abends 8 Uhr: **Moderne Jungfrauen.** Berliner Posse mit Gesang in 3 Akten von Alfred Schmasow und R. Riwol. Musik von Albert Wicher.
Mittwoch, zum 1. Male: **Liane, die zweite Frau.** Charaktergemälde in 5 Aufzügen nach dem gleichnamigen Marlitt'schen Gartenlauben-Roman, für die Bühne bearbeitet von H. W. Merlé. — Sonnabend Abend: **Der Kampf um den Niederwald.**
Billets sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Invalidendank, Unter den Linden 24, bei Paul Romeick, Leipzigerstraße 6, und Julius Lengenfeld, Markgrafenstr. 50.

Alexanderplatz-Theater.

Unwiderruflich letztes Gastspiel des Herrn Karl Pander vom Thalia-Theater in Hamburg. Abends 8 1/4 Uhr: **Heinrich Heine.** Lustspiel in 3 Akten von A. Meis. Hirsch, Hühneraugen-Operateur und Lotterie-Kollekteur: Karl Pander a. G. Vorher 8 Uhr: **Eine Tasse Thee.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von W. Drost.
Mittwoch: Einmaliges Gastspiel des Joseph Aschinger und Leonard Haskel-schen Berliner Possen-Theaters. **Der Lumpenball. Die Ballhausanna.**
Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon drei Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Vormittags 11—1 Uhr und abends von 1/2 7 Uhr an.

Welt-Restaurant

Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstraße 97.
Berlin, wie's baut und kracht!
Bilder aus dem Volksleben v. Ely.
Der letzte Fang.
Operette von Runge-Landwehr.
Im vorderen Saal täglich:
Tyroler-Konzert Alois Ebner.

Anfang:	Entree:
Wochent. 8 Uhr.	Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr.	Sonntags 30 Pf.

Urania, Tauben-Strasse No. 48—49.

Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62 Lehrter Stadtbahnhof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab **50 Pf.** Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

32 Mädchen aus Samoa.

Castan's Panopticum.

Die beiden indischen **Pygmäen** die kleinsten **Menschen der Welt!**

Damen-Wettschwimmen.

Volks-Theater

34. Reichenberger-Straße 34.
Pferdebahnstation: Kottbuser Thor.
Signor Piffarello.
Posse mit Gesang in 6 Bildern von H. Wilken und S. Haber. Musik von G. Michaelis.
Die neuen Couplets und Gesangstexte von R. Brodel, komp. von R. Thiele.
Anfang: Wochentags **8 Uhr.** Sonntags **7 Uhr.**

Berliner Possen-Theater

Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: **Joseph Aschinger** und **Leonhardt Haskel.**
Der Lumpenball.
Baruch und Sohn.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kassenöffnung 6 Uhr.
Entree **50 Pf.**
Am Mittwoch, den 17. März:
Einmaliges Gastspiel im
Alexanderplatz-Theater.
Zur Aufführung gelangt:
Die Ballhaus-Anna.
Der Lumpenball.

Circus Renz

Karlstrasse.
(Jubiläums-Saison 1896/97.)
Dienstag, den 16. März 1897, abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche Vorstellung.
Durchschlagender Erfolg.
Aus der Mappe eines **Riesengebirgs-Phantasten.**
Außerdem die hervorrag. Nummern des Repertoirs: **4 arab. Vollblut-Schimmelhengste,** als Fahnenpferde dressirt und vorgeführt vom Direktor **Fr. Renz.** Die doppelte hohe Schule geritten von den Damen Frl. **Wally Renz** und Frau **Robert Renz.** Hoch- und Weitsprünge über **6, 8** und **10** Pferde, ausgeführt von den besten Springern der Gesellschaft. **Grand Pas de deux gracieux,** ausgeführt von Miß **Ella** und Mr. **Fassio.**
Mittwoch, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr: **Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.**

Circus Busch

Bahnhof Börse.
Dienstag, den 16. März 1897, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. ausserord. Vorstellung.
Nach Sibirien.
Außerdem die besten Freiheits- und Schulpferde. Spezialitäten 1. Ranges. Vorzügliche Clowns.
Morgen: **Nach Sibirien.**
Centenar-Feier
Freitag, den 19. März: **Wohlthätigkeits-Vorstellung zum besten d. v. d. Kaiser-Wilhelmstiftung zu begründenden Invalidenheim.**
Am 22. März: Freier Eintritt für die Ritter des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.
Am 23. März: Freier Eintritt für die Inhaber des Militär-Verdienstkreuzes und d. Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse.

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Apollo-Theater.

Durchschlagender Erfolg des März-Programms!
5 Sisters Lorrison
Maggy, Aggy, Fanny, Cissy u. Netty am Strande v. Trouville.
Carmencita
Der vollkommenste und beste
Kinetograph
mit dem Sensationsbilde:
Endlich allein!
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Freikarten in der Woche gültig.
Entree **30 Pf.** **Die Direktion.**

Der Krieg auf Kreta

Neuester Schlager
von **Siegwart Genthes**
in
Kaufmann's Variété
als
Sultan der Türkei.

Concordia Variété-Theater

Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Das beste Programm d. Nordens.
Neu! Troupe Richardi (1 Herr, 1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.
Neu! Kathi Richter, Tyrolienne.
Neu Long and little Adolfi, Tanzduettisten.
Neu! Ein geplagter Dichter. Posse.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Gültigkeit.

Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Stettiner Sänger

(Meyſel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Anfang 8 Uhr. Entree **50 Pf.**
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Zum Schluß:
Zum letzten Male:
Kamps's Konservatorium für Musike.
Ensemble von Meyſel.
Mittwoch:
Moabiter Stadttheater.

Feen-Palast, Burgstraße 22.

Direktion **Winkler & Fröbel.**
Zum ersten Male in Berlin:
Georgette Duval
mit ihrer aus 5 Damen bestehenden
Schönheitsgallerie.
Neu! **Der Affe als Kunstschütze.** Neu!
Neu! **Duettisten** Neu!
Dähn u. Walde.
Dazu das so erfolgreiche
Riesen-März-Programm.
Neue hochinteressante Bilder der
Lebenden Photographien.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 Mark 50 Pf.

6 Pfund Brot für 50 Pfg.
liefert
Albrecht's Bäckerei,
Falckensteinstr. 28. Langestr. 26. Wrangelstr. 8. Lausitzerstr. 2.

Berndt's Würstelstube

No. 7. Molkenmarkt No. 7.
Empf. mein Vereinszimmer m. Piano.

Cösliner Hof,

Cöslinerstraße 8 (Wedding).
Sonnabend, der 3. April, ist frei geworden. Nähere Auskunft ertheilt **Fritz Schröder, Wiesenstraße 39.** Telephon Amt II Nr. 623.

Wichtig für Brautleute!
Wegen Ersparniß der Ladenmiethe verkaufe Möbel, Spiegel, Polsterwaaren bedeutend billiger. Die Arbeiten werden a. bestem Material angefertigt.
Buckow, Tischlermeister, **Invalidenstraße 13.**

Betten, Steppdecken, Gardinen, Bordüren, Wäsche, Teppiche, Sommerpaletots, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Ringe spottbillig Pfandleihe **Neanderstraße 6.**

Fahrräder, Herrenrower, Tourenrower, Damenrower bill. Kasse. Theilz. gestatt. Brunnenstr. 10, I.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Möbel
auf **Theilzahlung. J. Kellermann. Neue Jakobstr. 26.** 62/20

Eine **Laube** zu verkaufen b. **Kerre,** Wilmersdorf, Pfalzburgerstr. 67. 1305L

Milchgeschäfts-Einrichtungen
Emaille-Milchkübel, Kannen, Satten, Tafelwagen, Gemüsewagen, [1306L
Jordan, Kl. Markusstr. 28.

Vereinszimmer zu vergeben. Berichtstr. 56.

9 Pfund frische Kalbskeule,
4 1/2 bis 5 1/4 Mark, Kalbsvorderviertel (Rippe u. Brust) 3 1/4 bis 4 M. franco geg. Nachnahme. S. de Boer, Emden (Ostfriesl.)

Buchhandlung Vorwärts

Beuthstraße Nr. 2 **Berlin SW.** Beuthstraße Nr. 2.

Soeben ist bei uns erschienen: 234/1

Handbuch für Vereins- und Versammlungsleiter

Zugleich ein Wegweiser für Reichstagswahlen.

Mit ausführlichem Sachregister und einem Anhang, enthaltend die für die Agitation hauptsächlich in Frage kommenden Strafgesetzparagraphen.

72 Seiten. — Mark 0,30. — Porto 3 Pfennig.

In handlichem Taschenformat giebt das Büchlein nicht blos für Anfänger, sondern auch für erfahrenere Vereins- und Versammlungsleiter über alle Vorkommnisse im Vereins- und Versammlungs- wie Gewerkschaftswesen bündige Auskunft, Belehrung und Rath für die Mitglieder sowohl der Gewerkschaften als auch der politischen Vereine, enthält Formulare für Beschwerden und Eingaben, Reden und Musterstatuten. Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen ist auch das Reichstags-Wahlgesetz und -Reglement in seinen Hauptbestimmungen aufgenommen, und durch die Einverleibung der Strafgesetzparagraphen und des Sachregisters dürfte der Nachschlagewerth des Büchleins noch gehoben sein.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx rc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

R. Scheere, Blumenstraße 38.
Gr. Vereinszimmer frei Dienstags und Freitags.

Billigste Bezugsquelle
Gardinen-Spezial-Geschäft
Saarbrückerstr. 26, parterre, für Gardinen, Stores und Gardinenreste.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdenerstrasse 4, Kottbuser Thor,
empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Einsegnungs-Anzüge in Satin, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot 1 u. 2reihig von Mk. **12—27**
Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Diagon.-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen **13⁵⁰—33**
Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirnstoffen, 1- und 2reihig **16—24**
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen, 1- und 2reihig **18—35**
Sacco-Anzüge modernster Farben in Satin- u. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausstatt. **20—36**
Rock-Anzüge i. guten, wollen., schwarz Kammg. u. Satinstoffen, modern. Façons **25—38**
Gehrock-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig **30—45**
Sport- u. Radfahrer-Anzüge in nur guten haltbaren Loden-, Cheviot- und Zwirnstoffen.
Havelocks, Staub- u. Reisemäntel zu den billigsten Preisen.
Maschinisten-Anzüge in allen Größen . . von **3** Mk. an.
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot von Mk. **5—10**
Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge, kleidsame Façons in großer Auswahl.
Schul-Anzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . von **5** Mk. an.

Bestellungen nach Maaß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Telephon Amt IV 447. **Telephon Amt IV 447.**

Begründung des Geschäfts 1878.

Direct von Aachen!

weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu — **anerkannt** niedrigen Preisen — **Herren-Anzug-** und **Paletotstoffe** vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl **franco** an Jedermann! Zahllose **Empfehlungen** aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!

Monopol-Cheviot, uns. bekannte Spezialität, kosten 3 1/3 Met. schwarz, blau od. braun zu einem gedieg. Anzug **10 M.**
Anerkennungsschreiben u. **Nachbestellungen** tägl.!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.
Bitten **genau** zu adressiren.

Verehrte Damen!

Sie kaufen bei mir die neuesten und elegantesten
Frühjahrsfaçons, Blumen, Federn, Hüte, Perlsant: Bänder, Schleier, Tülle, kurz **Alles zum Engrospreise** was zur Garnirung gehört. Federn waschen, kräuseln 25 Pf., nur kräuseln 10 Pf.
Paul Lenige, Kommandantenstr. 77/79, Laden 2. Industrie-Geb.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade. J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse".

Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Fahrrad,

neues, leicht laufendes Tourenrad verkauft Umstände halber billigst für 165 Mk. **Wernicke,** Schulstr. 21, Quergebäude. 401b

Sophastoffe auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Gem.-Ute., Kohlengesch. verk. Müllenhofstraße 1. 429b

Barbiergeschäft bill. zu verk. Rixdorf. Zu erfr. Friesenstr. 10, Rudolph. [433b

Eine bessere Herberge für eine Gesellenschaft, mindestens 5 Betten, gesucht. Adressen bis 19. März abzugeben an **Stahr,** Görlitzer Ufer 6, links 3 Tr. 424b

Möbel und andere Fuhren werden billig gefahren. 428b
A. Kugel, Rixdorf, Berlinerstr. 104.

Arbeitsmarkt.

Könnte mir ein Gen. e. Lehrlingsstelle für Maschinenbau nachweisen? Gefl. Off. **L. R.** Exp. d. Bl. [423b

Friseurlehrling, der rasiren und Haarschneiden kann, sucht Stellung bei Nicht-Innungsmeister. Off. **O. Müller,** Demminerstraße 5. 420b

Blousen-Arbeiterinnen außer dem Hause verlangt 422b **Riedel,** Roßstr. 90, part.

Metalldrückerlehrling v. Ritterstr. 25.

Blumenfabrik verl. geübte Arbeiterinnen auf Flieder, Erika, auch Lehrmädchen, **Hapke,** Wrangelstr. 10. [427b

Federgewandter Parteigenosse (Buchdrucker), Mitte 30er, sucht Stellung als **Redakteur** oder als **flotter und gewissenhafter Korrektor** an einer Parteizeitung. Gefl. Off. an die Exp. d. Bl. unter **R. W.** erbeten. 432b

Fantasiefeder-Arbeiterinnen
finden bei hohem Gehalt dauernde Stellung bei **Louis Fünkenstein,** Alte Jakobstr. 61. 405b

Männer-Gesangverein
wünscht stimmbegabte Herren. Meldung Freitag, abends 9 Uhr, Rosenthalerstraße 57 bei **Babiel.** 387b

Ein Korbmacher findet dauernde Arbeit bei **J. Kanzog,** Nieder-Schönhausen, Buchholzerstr. 12. 938b

Lithograph verl. **Busch,** Brunnenstraße 85. [936b

Kartonarbeiterin sucht **E. Bade,** Kastanien-Allee 74.

Tüchtiger Klempner,
der auch im Schieferdecken gewandt ist, findet bei gutem Lohn dauernde Stellung b. **E. Schulz jr.,** Klempnerei und Bedachungsgeschäft **Grünberg** i./Schl.

Kinderkleidchen-Arbeiterinnen verlangt **Schröder,** im und außer dem Hause, **Pankow,** Kaiser-Friedrichstraße 45. 430b

Bandsägenschneider, der schon Klobenholz geschnitten, auch mit Motor Bescheid weiß, verlangt [136/10
Otto Schunk, Gneisenaustr. 50.

Holzarbeiter!
Die Kollegen der Werkstatt von **Grün u. Hettwig, Fürbringerstr. 9,** haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. 87/17
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.

Sichere Heilung
bei **Nerven u. Magenleiden.**
Neu! (Jeder Kranke lese diese erprobten Rathschläge!) Theil I. **unentgeltlich** vom **Berliner Verlagsinstitut, Berlin W.,** Bülowstraße 81 I. 136/8

10 öffentliche Volks-Versammlungen

Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr,

in folgenden Lokalen:

1. Kreis:
Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20.

2. Kreis:
Bickel's Festsälen, Hasenhaide Nr. 53—54.

3. Kreis:
Brochnow's Salon, Sebastianstr. 39.

4. Kreis:
Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11.
Urania, Wrangelstr. 9–10.

5. Kreis:
Schützenhaus, Linienstraße 5.

6. Kreis:
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35.
Berliner Prater, Kastanien-Allee 6–7.
Cösliner Hof, Cöslinerstraße 8.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 49.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat.

Referenten sind die Genossen:

Auer, Bebel, Förster, Ledebour, Liebknecht, Lütgenau, M. Schippel, Rob. Schmidt, Wurm, Dr. Zadek.

Um zahlreiches Erscheinen ersuchen 213/8

Die Vertrauenspersonen.

Droschkenkutscher!

Heute, Dienstag, den 16. März, abends 9 Uhr:

Große öffentliche Versammlung der Droschkenkutscher u. deren Frauen

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des 18. März. Referent **Th. Metzner.** 2. Das Bezirks-Vertrauensmännersystem event. Wahl der Vertrauensmänner und Bericht der Revisoren. 3. Diskussion.

Da die Tagesordnung für jeden von großer Wichtigkeit ist, so ist es Pflicht jedes Kollegen, für diese Versammlung eifrig zu agitiren und zahlreich zu erscheinen. 52/5

Die Vertrauenspersonen. J. A.: **H. Schultz.**

Maler.

Mittwoch, den 17. März, abends präzise 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Große Mitglieder-Versammlung der Filiale Berlin I.

Tages-Ordnung:
Vortrag über: Die Erforschung des Nordpols. Referent: **Dr. Joël.** Neuwahl des Vorstandes. 124/16 **Der Vorstand.**

Verein der graphischen Arbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Berlin).

Mittwoch, den 17. März, abends 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße Nr. 27 c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn **Dr. Heymann** über: **„Gewerbliche Krankheiten."** 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

97/5 **Die Verwaltung.**

NB. Kollegen, agitirt für besseren Besuch unserer Versammlungen.

Tapezirer!

Mittwoch, den 17. März, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße 106:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht und Neuwahl des Vertrauensmanns und des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 2. Maifeier. 3. Bericht und Neuwahl der Arbeitsvermittlungs-Kommission. 4. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig. 180/3

Der Vertrauensmann der Berliner Tapezirer.

Achtung! Fachverein Achtung!

der Bilderrahmenmacher.

Sonntag, 21. März, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

IV. Stiftungsfest.

Tanz, Festrede, Gesangs- u. humoristische Vorträge.
Anfang nachmittags 4 Uhr.

Eintrittskarten à 50 und 30 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern, sowie auch an der Kasse zu haben. — Um zahlreiche Betheiligung der Kollegen und Genossen ersucht **Der Vorstand.**

Montag, 22. März, abends 8½ Uhr, bei **Stramm,** Ritterstraße 121:

Vereins-Versammlung.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich. [44/4 **Der Vorstand.**

Tempelhof-Mariendorf.

Marienfelde-

Donnerstag, 18. März, abends 8½ Uhr, bei Gerth-Tempelhof: Lese-Abend des Arbeiter-Bildungsvereins.

Tagesordnung: 6. Vortrag des Herrn **E. Rosenstock: 1848.** Diskussion.

Rohtabak

Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!

Sämmtliche Fabrikations-Utensilien.

(Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.40 M.) Man verlange Preisverzeichniß. 1068L*

Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

Möbel-Kaufgelegenheit,

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem Möbelspeicher, Neue Königstraße 59, und **Möbel-Magazin, Gneisenaustraße 15,** sollen viele Wohnungseinrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch große Gelegenheitseinkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 100, 300 Mark abzugeben. Ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 5000 Mark, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspind 15 Mark, Kommoden, Küchenspind 12, Stühle 2 Mark, Nußbaum-Kleiderspinden, Verticows 36 M., Muschelspinden 35, Bettstellen mit Matratzen 18, Sophas 18, Säulenspinden, hochelegant, Trumeaux mit Säulen und Krystallglas 60, Buffets in allen Größen, Herrenschreibtisch, Damenschreibtische, Schreibsekretär 30, Garnituren 60 Mark, Paneelsophas, Bücherspinden, Frisirtoiletten, Chaiselongues, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Vollständig ausgestatteter, dekorirter Salon, Speisezimmer und englisches Schlafzimmer stets zur Ansicht. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb.

Sophastoff-Reste

zu Bezügen ausreichend, in **Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette** und **Plüsch,** sowie **Satteltaschen** spottbillig.

J. Adler,
1055B* **Teppich-Haus.**
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Illustrirte Preislisten gratis u. franko.

Strickmaschinen

aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten u. ein leichter Erwerbszweig f. Männer, Frauen und Pensam.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit w. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **A. Homburger,** Heiligegeiststraße 49, Berlin. Nachmittags. *

Möbel billig. Ostbahn-Gebäude am Küstriner Platz. *

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis Südost.

Dienstag, den 16. März 1897, abends 8½ Uhr, bei **Henke,** Naunynstr. 27:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

242/15 **Der Vorstand.**

Achtung! Charlottenburg Achtung!

Donnerstag, den 18. März, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Volks-Versammlung

im Lokal Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße 39.

Tages-Ordnung:
1. Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat. Referent: **Th. Glocke.** 2. Verschiedenes.

203/15 **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Mittwoch, den 17. März, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstraße 20–21:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämmtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
1. **Die Verhandlungen der Meister in ihren Versammlungen über die bisherige Arbeitszeit.** 2. **Die Ueberstundenarbeit. Werkstattdifferenzen.** Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

87/16 **Die Ortsverwaltung.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltung Berlin).

Bezirks-Versammlungen:

Für Osten:

Heute, Dienstag, den 16. März, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstrasse 29.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Frl. **Ida Altmann** über: „Die Religion unserer schwarzen Brüder". 2. Diskussion. 121/7

Für Centrum und Süden:

Mittwoch, den 17. März, abends 8½ Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Christeller.** 2. Diskussion. — In beiden Versammlungen Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.

Mittwoch, den 17. März, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmänner-Konferenz für den Süden

in Henke's Salon, Naunynstrasse No. 27.

Mitgliedskarte legitimirt.

112/13 **Der Vorstand.**

Fachverein der Holz- u. Bretterträger

Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 18. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstrasse 6:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1896 und vom Maskenball. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Neue Mitglieder werden aufgenommen. Zahlreichen Besuch erwartet

84/6 **Der Vorstand.**

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 17. März, abends 6 Uhr:

Versammlung der Baudeputirten der Putzer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: 132/12

Das bisherige Resultat des Abwehrstreiks und Regelung der weiteren Maßnahmen.

In anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder Bau von Berlin und Umgegend vertreten sein.

Die Lohnkommission.

Achtung, Zimmerer!

Mittwoch, den 17. März, abends 8 Uhr:

Oeff. Versammlung d. Platzdeputirten

bei Buske, Grenadierstr. 33.

Zu dieser Versammlung werden besonders die Deputirten von **Engelhardt & Bornschein, Reuter & Hartmann, Stieblitz & Köpchen, Meyer,** Hochstraße, **Schulz & Co.,** und **Schöpke,** eingeladen. 277/1

Die Lohnkommission.

Actienbrauerei Hohen-Schönhausen

Hohen-Schönhausen bei Berlin NO.

Telephon: Amt Friedrichsberg, No. 83.

Den Herren **Gastwirthen** empfehlen wir unsere aus den besten Materialien hergestellten, wohlschmeckenden und gutbekömmlichen Biere und zwar:

Lagerbier (goldgelb),
Pilsener Bier (hell, nach Pilsener Art),
Exportbier (dunkel, nach Münchener Art)

in amtlich geaichten Gebinden zum Nettopreise

von 15 Pf. per Liter

frei Haus resp. frei Bahnhof Berlin.

Die Direktion:
Wilh. Starck. Siebert.

Hochzeits-Geschenke.

Einzel-Verkauf von Uhren u. Goldwaren zu Fabrik-Preisen.

C. Giesen, Oranienstr. 171 (Eingang vom Flur).

Pathen-Geschenke.

Verband der Buchbinder 2c.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lederarbeiter [25/15

G. Höhe

am 14. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Sattler.

Am Sonnabend, den 13. d. M., starb nach längerem Leiden das Mitglied 4266

Joseph Höhe.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. M., Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Louisenkirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße 135, statt. **Der Vorstand.**

Allen Freunden u. Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Maschinenbauer [4345

Wilhelm Bethge

am 12. d. M. plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle d. Neuen St. Johannes-Kirchhofes am Plötzensee statt.

Berlin, den 15. März 1897.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten für die herzliche Theilnahme und reichen Kranzspenden, sowie dem Gesangverein „Gemüthlichkeit" für den trostreichen Gesang am Grabe meiner lieben Frau, uns. Mutter u. Schwiegermutter herzlichen Dank. 4256

Der trauernde Gatte
nebst Töchtern und Schwiegersohn.
Ferdinand Lücke, Putzer.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung Robert Meyer,
5799B* von
No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Carl Bock,

Kranzbinderei,
Königsbergerstr. 20. *

Vereinskränze mit Widmung in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Kränze,

Guirlanden empfiehlt 1146B*

F. Jacobitz, Koppenstr. 46.

L. Klatt, Kranzbinderei u. Blumenhandlung,
6. Landsbergerstr. 6, Ecke Höchstestr.,
(früher Königsbergerstraße)
empf. Widmungskränze mit Schleifen, Guirlanden, Bouquets 2c. *

Gr. Möbelverkauf

wegen Umzugs des Möbelspeichers **Rosenthalerstr. 13.** Um die ganz bedeutenden Transportkosten zu ersparen, verkaufe ich jetzt zu jedem annehmbaren Preise. Zum Umzuge und für Brautleute ist somit Gelegenheit gegeben, ganze Ausstattungen, sowie einzelne Stücke ganz besonders billig einzukaufen. Es stehen viele einfache, mittlere u. hochelegante Einrichtungen am Lager, auch gelegentlich angekaufte herrschaftliche Möbel, sehr billig. Verliehen gewesene und gebrauchte Möbel spottbillig: Kleiderspinden 15, Kommoden 10, Küchenspinden 10, Stühle 2, Bettstellen mit Sprungfedermatratzen 18, 23, 30, Trumeaux 30, 60, Buffets, Cylinderbureaux, eleg. echtnußb. Damenschreibtische 40, 60, Garnituren 50, 70, Spiegel in allen Arten und Größen, Frisir-Toiletten, Sophas 16, 23, 36 M. 2c. Eigene Tapezier- u. Dekor.-Werkstatt, vier große Möbel-Lagerräume. Einrichtungen auch auf Theilzahlung. Beamten ohne Anzahlung. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben, werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und in der Wohnung aufgestellt, auch außerhalb. *

Gardinen-Rester-Ausverkauf

älterer Muster in weiß und crême zu 1—4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager Berlin O., Grüner Weg Nr. 80** part., Eing. vom Flur **(kein Laden).** Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.

Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Zigner.** * **Neue Königstr. 17.** Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Musikautomat

en, staunend billig [1026L*
G. Schubert & Co.,
Berlin SW., Beuthstr. 17, I. (Kellerladen.)

Wohnungen von 3, 2 u. 1 Stube, Küche u. Zubehör, Pferdeställe u. Remisen, Lagerkeller bill. z. verm. Frankfurter Allee 16/16a. Nahe a. Bahnhof.

Suche Schlafst. 10—12 M., allein, sep. Eing. Offerten Karl Klipsch, Mariannen-Ufer 7. 4215

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preußischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.